

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) August Müller, Magdeburg, Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg-Mühlstadt. Druck von Franz Bethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breitenweg 127. Redaktion: Breitenweg 127 (Eingang Schrotdorferstraße). Fernsprech-Anschluß Nr. 1867. — Pränumerando halbjähriger Abonnementspreis: Vierteljähr. (inkl. Briefporto) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Bei Ankauf in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 Mk. inkl. Postgebühren. Einzelne Nummern (einschl. der Beilage) 10 Pf. Sonntagsbeilage Die Neue Welt 10 Pf. Anzeigengebühr bis fünfzeilige Zeile 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7590.

Nr. 126.

Magdeburg, Donnerstag, den 2. Juni 1898.

9. Jahrgang.

Parteigenossen! Leser der Volksstimme!

Dienstag haben weitere sieben Schriftsetzer, welche in der Buchdruckerei Volksstimme beschäftigt sind, Vorladungen bekommen. Insgesamt sind Donnerstag früh 9 Uhr vierzehn Schriftsetzer vor den Untersuchungsrichter geladen. Die Herstellung der Zeitung erleidet hierdurch eine unliebsame Unterbrechung. Der königlichen Staatsanwaltschaft wird es gewiß nicht unbekannt geblieben sein, daß die Zeitung Volksstimme von früh 7—11 Uhr nachmittags fertiggestellt wird. In einem Zeitungsbetrieb ist jede Minute Zeit kostbar. Dadurch, daß vierzehn Personen auf einmal aus der Arbeit gerissen werden, ist es uns nicht möglich, unsere hiesigen und auswärtigen Abonnenten pünktlich zu bedienen.

Abgesehen von dem Schaden, der uns durch diese neueste staatsanwaltliche Aktion erwächst, können sich Beschwerden der Abonnenten wegen unpünktlicher Lieferung der Volksstimme häufen. Gerade zu Beginn eines neuen Monats ist diese Störung am unbequemsten. An die Parteigenossen, an die Leser der Volksstimme richten wir die Bitte, uns nicht zürnen zu wollen, wenn die nächste Nummer nicht pünktlich zugestellt werden sollte. Wir werden alles daran setzen, um den Ausfall der Arbeitskräfte durch Ersatz zu decken. Aber man weiß nicht was bevorsteht und ob sich nicht noch andere Maßnahmen notwendig machen.

An die Parteigenossen richten wir die weitere Bitte, sich durch diese neuesten Vorgänge nicht aus der Ruhe bringen zu lassen und allen weiteren Maßnahmen ruhig entgegenzusehen. Wir begreifen die Entrüstung, die sich aller bemächtigt hat, und verstehen die Erbitterung, die sich besonders gegen die hiesige Presse geltend macht, die mit keinem Worte diesen einzig in seiner Art dastehenden Eingriff in einen Geschäftsbetrieb erwähnt. Devot und feige zugleich geht man hierüber zur Tagesordnung über. Merkt Euch, Arbeiter, diese Handlung.

Parteigenossen, Parteigenossinnen! Wir aber wollen uns geloben, treu zusammenzustehen, mag kommen was da kommen mag. Wir wissen, Ihr steht hinter uns und auf uns könnt Ihr bauen — wir verlassen unseren Posten nicht. So zusammengeschweißt, unzertrennbar, laßt uns weiter ringen; laßt uns die Arbeiterbataillone organisieren, nehmt alles auf, was mißmutig, getreten und geknechtet ist. Wir gebrauchen diese Massen; wir haben abzurechnen mit all den Plaudereien, die wir erduldet, den Verfolgungen und Bestrafungen, denen wir ausgesetzt waren. Unsere Abrechnung muß ausklingen in dem Satz:

am 16. Juni ist der Tischler Wilhelm Pfannkuch-Berlin als Vertreter Magdeburgs gewählt!

Agrarisch ist Trumpf!

-m- Je weiter die Wahlbewegung fortschreitet, desto klarer wird es, daß sich der Hauptkampf gegen die Bündler und ihr agrarisches Treiben richten muß. Agrarisch wird immer mehr Trumpf und das Bündlertum greift fast auf die gesamten bürgerlichen Parteien über. Der Centrumssturm selbst leistet nicht einmal den erwarteten Widerstand. Die Germania, welche noch vor 14 Tagen bei Besprechung der ultramontanen Wahlausichten nur von einem Andrängen der Agrarier in Bayern sprach und den rheinischen Zwiespalt mit dem rheinischen Bauernbund ganz auf die leichte Achsel nahm, muß sich heute belehren lassen, daß die agrarischen Einflüsse viel tiefer in die Partei eingedrungen sind. Graf Hompesch, der Vorsitzende der Centrumsfraktion in der vergangenen Legislaturperiode hat jüngst in Sülich vor seinen Wählern gesprochen und in dieser Rede vor den Bündlern fast kapituliert. Er jagte u. a.: In der Versammlung der rheinischen Landwirte am 11. Mai zu Köln sind Forderungen aufgestellt, die wir gern acceptieren. Die Rede hat denn auch in der ganzen bündlerischen Presse das heißte Entzücken hervorgewirkt.

Wie es im Rheinlande ist, so ist es auch in Schlesien. In dem einen Wahlkreise Schweidnitz-Striegau unterstützen die Centrumsleute einen Exzeptionär und Agrarier, von Nichthofen, der nicht einmal sich verpflichten will, das geltende Reichswahlrecht unangestastet zu lassen, in anderen Wahlkreisen ist es zu hellem Aufruhr zwischen Centrumsbündlern und der offiziellen Parteileitung gekommen. In Neisse, dem schlesischen Rom, macht der ultramontane Bündlerführer Graf Strachwitz dem jetzigen Inhaber des Mandats, dem Geistlichen Rat Horn den Wahlkreis streitig, und in Oppeln stehen sich vorläufig auch zwei ultramontane Kandidaten, der Pfarrer Wolny und der agrarische Centrumsabgeordnete Szynula gegenüber.

Noch rascher wie beim Centrum vollzieht sich der Uebergang der Nationalliberalen ins agrarische Lager. Hier sind es besonders die Großindustriellen, welche sich im Centralverband deutscher Industrieller zusammengefunden haben. Kanonenkönig Krupp an der Spitze schmeichelt den Wählern in seinen Wahlreden wo er nur kann. Was kann ihm auch im Zeitalter des Militarismus anderes passieren, als daß seine ungezählten Millionen sich nur noch mehr vermehren. Die kleinen Industriebarone aber blasen in dasselbe Horn, sie fürchten für ihre Schutzölle und denken: eine Hand wäscht die andere, wenn sie den Bündlern ihre Hölle bewilligen.

Behrreich sind nach dieser Richtung die Berichte über die letzten im April stattgehabten Verhandlungen des Centralverbandes, die in ihrem stenographischen Wortlaut soeben erschienen sind. Dort hat ein Chemnitzer Fabrikant und Geh. Kommerzienrat "Vogel" schüchtern vor allzu großer Preisgabe der wirtschaftlichen Interessen der

Industrie vor die Agrarier gewarnt und die Miquelsche Sammelpolitik nicht völlig gutgeheißen. Sofort wurde ihm vom Vorsitzenden des Centralverbandes, dem Reichsrat von Häppler in Augsburg und dem Direktor Krupp, Geh. Rat Sente erwidert. Herr Sente empfahl ein Zusammengehen von Industrie und Landwirtschaft und erklärte: „Von einer Annahme utopischer Anträge der Landwirtschaft durch die Industrie ist nirgends die Rede gewesen. Ich muß avertieren und spreche es hier gern aus, daß die Landwirtschaft bei dem Sammelaufruf vollständig loyal verfahren ist. Der Boden der Verständigung der Industrie mit der Landwirtschaft ist nach meinem Dafürhalten gegeben und ich zweifle nicht, daß bei allseitig gutem Willen eine Verständigung zwischen Landwirtschaft und Industrie zustande kommen wird.“ Herr Vogel blieb mit seiner Meinung in der Minorität, die Mehrheit war für die „Verständigung“.

Was unter solcher „Verständigung“ zu verstehen ist, muß auch dem Indifferentesten allmählich klar geworden sein. Das Zusammengehen von Großindustrie und Großgrundbesitz läuft auf ein Komplott hinaus, das auf Rechtlosmachung und gänzliche Auspressung der landwirtschaftlichen und industriellen Arbeiter gerichtet ist (siehe Reichstagswähler). Unsere Genossen werden deshalb an Wahltagen ordentlich auf dem Posten sein müssen, um dieses Komplott nicht zur Ausführung reif werden zu lassen.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Jagdgeschichten für die Wähler sind die Warnungen der linksstehenden Presse in Bezug auf die Verkümmernng des Reichstagswahlrechts der reaktionären Parteien. Die Erklärung des Reichsanzeigers ist für die Magdeburgische Zeitung hindend. Dabei wollen wir feststellen, daß die Erklärung nicht im amtlichen Teile des Reichsanzeigers stand, sondern als private Äußerung des Redakteurs aufzufassen ist. Das versteht sich natürlich die Magdeburgische ihren geduldrigen Lesern; es muß ja möglichst kräftig auf die armen Wähler eingewirkt werden, die man auf jener Seite lediglich als Stimmvieh behandelt, dem man den krassesten Blödsinn vorreden könne; dabei werden den Wählern aber natürlich immer zugleich die größten Schmeicheleien gesagt und die tiefsten Bücklinge gesetzt: die lieben Leute dürfen ja doch beileibe nicht merken, wie gering man in Wirklichkeit von ihrem Verstande denkt.

Die Getreideaufuhr

hat Dank den billigen Ausnahmetarifen im Monat April 67797 Doppelcentner Weizen und 110632 Doppelcentner Roggen betragen. Davon sind 33342 Doppelcentner Weizen und 62762 Doppelcentner Roggen nach Oesterreich gegangen. 9508 Doppelcentner

Weizen und 6087 Doppelcentner Roggen nach Frankreich. In den ersten vier Monaten des Jahres wurden ausgeführt 602910 Doppelcentner Weizen und 407724 Doppelcentner Roggen, dazu 108866 Doppelcentner Hafer, 42616 Doppelcentner Gerste, 48709 Doppelcentner Malz. Dabei behaupten die Junker und Getreidepekulanten, ihre Läger geräumt zu haben. Sie führen das Getreide aus, damit im Inlande die Preise noch höher schnellen. Diese Prozentpatrioten.

Bündholzer-Monopol?

Die neueste Nummer der vom königlichen Statistischen Bureau herausgegebenen Statistischen Korrespondenz beschäftigt sich mit den Ergebnissen des Bündholzmonopols in Frankreich. Das Monopol erbrachte 1896 eine Einnahme von etwas mehr als 28 Millionen Frank. Hierzu bemerkt die Volkszeitung: Die Statistische Korrespondenz pflegt nicht selten statistische Mitteilungen über ausländische Einrichtungen, Finanzquellen u. zu veröffentlichen, wenn das Statistische Bureau vorher mit der Beforgung von Material beauftragt worden ist, das man im Finanzministerium zu den Vorarbeiten für Gesetzesvorschläge gebraucht. Sollte in dem Kopfe des Finanzministers Herrn von Miquel die Idee eines Bündholzmonopols für das Deutsche Reich heranreifen? —

Die Kommission für Arbeiterstatistik

tritt Ende Juni zu einer Sitzung im Reichstagsgebäude zusammen.

Vom Versammlungsrecht.

Eine die Sozialdemokraten keineswegs überraschende Entscheidung fällt neuerdings das Kammergericht. Demnach muß in der vorgeschriebenen Anmeldung einer Versammlung, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen, Ort und Zeit der Versammlung der Ortspolizeibehörde so bestimmt angegeben werden, daß dieser noch vorher Gelegenheit zur Prüfung gegeben wird, ob der Wahl des Ortes nicht Bedenken entgegenstehen. Bei Einberufung sozialdemokratischer Versammlungen ist stets darauf geachtet worden, daß Ort und Zeit genau angegeben war.

Verhaftet.

Der verantwortliche Redakteur der Mecklenburgischen Volkszeitung in Rostock, Genosse Staroffon, wurde auf Beschluß des Landgerichts in den Redaktionsräumen verhaftet. Die Mecklenburgische Volkszeitung war einige Tage vorher wegen angeblicher Majestätsbeleidigung konfisziert worden.

Die deutsche Lehrerversammlung

tagt zur Zeit in Breslau. 4000 Teilnehmer sind gemeldet. Der erste Tag wurde mit Ansprachen und Begrüßungsreden ausgefüllt. Mit der Versammlung findet zugleich eine Ausstellung von Lehrmitteln statt.

Auf Menschen geschossen.

Dem Badischen Land... in Wies aus Bruchsal gemeldet: Gestern abend 7/10 Uhr entwich ein Sträfling aus dem Gefängnisse, wurde jedoch von dem Wachtposten der von den 52ern in Raftatt gestellt war, bemerkt. Als

der Mithelung dem Hatteruf des Postens nicht Folge leistete, so daß dieser zweimal. Der zweite Schuß streckte den Sträfling nieder. So will es die Instruktion. —

Wegen Selbstverlesung bestraft.
Der Mann Fejzerabend vom Ulanen-Regiment in Thorn, welcher sich Mitte März mit dem Karabiner einen Finger der linken Hand abschoss, ist vom Kriegsgericht wegen Selbstverlesung und Diebstahls der Patrone zu 3 Jahren 10 Tagen Gefängnis, sowie zur Verlesung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt worden. Eine harte Strafe. —

Freisinnige Mittelstandspolitik.

G. Der Freisinn macht jetzt auch in sogenannter Mittelstandspolitik. Daß es in Berlin vor den Wahlen und von einem als Kandidaten der freisinnigen Volkspartei aufgestellten Kandidat im zweiten Berliner Reichstagswahlkreise, Herr Stadtverordneter Kreitzing, hat nämlich in der Berliner Stadtverordnetenversammlung einen Antrag auf anderweitige Regelung der Gewerbesteuer eingebracht. Von dem Antragsteller und seinem Genossen wird bekannt, daß mit dem Antrag kein fiskalisches Interesse verbunden ist. Die Gewerbesteuer soll keine höheren Erträge ergeben, sie soll nur gerechter auf die „schwachen und die starken Schultern“ verteilt werden. Also Mittelstandspolitik in optima forma. Man giebt dem Drängen der Interessentenvereine, die sich in letzter Zeit zahlreich in Berlin gebildet haben, nach. Was bisher von dem Bunde der Handels- und Gewerbetreibenden und dem Zentralverein selbständiger Gewerbetreibender in Petitionen zum Ausdruck gebracht worden ist, wird jetzt vom Kommunalfreisinn im Stadiparlament vertreten. Ohne Einfluß ist natürlich dabei auch die Haltung der Staatsregierung, die in der Konferenz des Herrn Miquel über die besondere Besteuerung der Warenhäuser ihren Ausdruck gefunden hat, nicht gewesen. Gegen eine gerechtere Ordnung der Gewerbesteuer ist natürlich auch von uns als Sozialdemokraten nichts einzuwenden, wie wir dies schon in einer früheren Nummer ausgesprochen haben. Es haben sich auf diesem kommunalen Steuergebiete tatsächlich Uebelstände herausgestellt, deren Beseitigung wünschenswert ist; nur bezweifeln wir, daß auf diesem Gebiete dem Handwerker und Geschäftsmann das „Goldene Mittelalter“ erblickt. Spöthhaft ist nur der Eifer der Freisinnigen, es nun auch den übrigen bürgerlichen Parteien in der Mittelstandspolitik gleich zu thun. Viel nützen wird den Freisinnsmännern diese Politik freilich bei den Wahlen nicht. Die Konservativen und namentlich die Antisemiten werden den Freisinn nach wie vor als Feind der Mittelstandsbewegung hinstellen und ihren jehigen Antrag nur als ein Wahlmanöver zu charakterisieren suchen, andererseits kommt der verständige Teil der kleinen Gewerbetreibenden und Handwerker (und ihre Zahl vermehrt sich stetig) immer mehr zu der Ueberzeugung, die auch wir Sozialdemokraten teilen, daß bei der heutigen großkapitalistischen Entwicklung ein Wohlsein und Gedeihen des Mittelstandes unmöglich ist und daß sein Heil einzig und allein in der sozialistischen Gesellschaft liegt. —

Nachrichten aus dem Auslande.

Die belgischen Stichwahlen haben größere Ueberraschungen nicht gebracht. Im allgemeinen bleibt die Zusammensetzung der Deputiertenkammer dieselbe wie bisher. Die Liberalen haben 112 Sitze, die Liberalen 6, die Radikalen 6; die Sozialisten 28. Die Sozialisten hatten bisher 29 Sitze; die Zahl 28 erreichen sie, indem sie statt der verlorenen Mandate von Berviers ein Mandat in Hug und 2 in Thuin gewannen. Die Liberalen haben in Ath 2 Mandate von den Radikalen gewonnen, dafür 1 in Hug, 1 in Thuin an die Sozialisten verloren. Die Radikalen haben 4 Mandate in Berviers gewonnen, 1 in Thuin an die Sozialisten und 2 in Ath an die Liberalen verloren. In den Stichwahlen, abgesehen von Berviers, an denen die Sozialdemokratie beteiligt war, hat die Partei ausgezeichnet abgeschnitten. Unsere Partei hat nicht nur das vor vier Jahren Errungene bewahrt, sondern große Fortschritte gemacht. Hat sie auch ein Mandat eingebüßt, so hat sich doch die Zahl der Wähler, die ihr die Stimmen gegeben, ganz außerordentlich vermehrt. Nach der amtlichen Feststellung haben die Radikalen gegen 1894 23 317 Stimmen verloren. Die verhältnismäßig kleine Partei der christlichen Demokraten hat 17 315 Stimmen gewonnen. Die Liberalen haben 78 423 Stimmen verloren, die Sozialisten und Radikalen haben 84 658 Stimmen gewonnen. —

Eine Zählung der Berufsarten der neuen französischen Deputierten ergibt folgende Uebersicht: 90 Grundbesitzer, 75 Advokaten, 27 Ärzte, 28 ehemalige Offiziere des Land- und Seeheres, 20 Professoren, 2 Schullehrer, 20 Landwirte, 38 Industrielle, 30 Sozialisten, 18 Kaufleute, 17 ehemalige richterliche Beamte, 11 ehemalige Mitglieder des Staatsrats, 15 ehemalige Verwaltungsbeamte, 10 ehemalige Ministerialbeamte, 5 Apotheker, 5 Handlungsangestellte, 3 Bankiers, 3 Bauunternehmer, 2 Geistliche, 9 Ingenieure, 1 Maler, 1 Bauunternehmer, 2 Geistliche, 9 Ingenieur. In der sozialistischen Gruppe giebt es 14 ehemalige Arbeiter, darunter 1 Schuhmacher, 2 Ziselierer, 1 Hutmacher, 2 Grubenleute, 1 Maurer, 1 Antreiber, 1 Mechaniker, 1 Spiegelmacher. —

In Staatssekretariat des Vatikan wird die Auflösung aller katholischen Vereine Roms vorbereitet, um der Auflösung durch die Regierung zuvorzukommen. Alle Urkunden und Mitgliederlisten wurden in den Vatikan geschafft. —

Das Mailänder Kriegsgericht verurteilte weitere 19 Angeklagte wegen Teilnahme an den Unruhen in Monza und Sesto zu Gefängnis von 1 Monat bis 4 Jahren. —

In Trino, Provinz Vercelli, sind am Sonntag Unruhen ausgebrochen. Die „Tumultuanten“ verüßten die Gemeindegasse. Die Truppen stellten „die Ruhe“ wieder her und nahmen 30 Verhaftungen vor. —

Der Generalkommandant von Mailand ordnete eine Hausdurchsuchung in Cremona bei dem radikalen Deputierten Sacchi an. —

Verhaftungen aus politischen Gründen haben im Laufe des Monats Mai in Moskau und Odesa stattgefunden. In Odesa befinden sich gegenwärtig aus politischen Gründen gegen 120 Personen in Haft. —

Manuschan Nr. 2.

Der Telegraph bringt folgende sensationelle Nachricht: Berlin, 20. Mai. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung demontiert die Meldung des Konstantinopeler Korrespondenten der Wiener Deutschen Zeitung, daß zwischen Deutschland und der Pforte über die Regelung einer Kohlenstation am Persischen Meerbusen verhandelt würde.

Ein offizielles Denenti gilt für ein halbes Jugendsücht. Man muß also sehr darauf gespannt sein, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden.

Daß es dahin kommen wird, haben wir schon längst vorausgesehen. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß eine jehoben betriebene kapitalistische Kolonialpolitik sich auf Ostasien nicht beschränken kann, daß die Zeit gekommen ist, wo auch Klein- und Westasien industriell aufgeschlossen wird, und daß die Sehnsucht der deutschen Kolonial-Spekulanten sich schon längst nach jenen Gegenden richtet. Und warum sollte man nunmehr nicht zur Verwirklichung jener abenteuerlichen Pläne schreiten? Man-Manuschan ist so freudig hingenommen, und die vielen hunderte Millionen der Flottenvorlage sind von demselben Bleichstern, der sich früher so spröde gezeigt hat, auf einmal so spielend leicht bewilligt worden, daß den Projektmachern und den diplomatischen Draufgängern der Mut mächtig gestiegen ist, und nichts erscheint ihnen mehr unerreichbar. Auch rechnet man bereits auf die vielen Panzerschiffe, die gebaut werden. Das sind die Folgen der Bewilligung der Marinevorlage, die sich später oder früher einstellen müssen. Jeder politisch denkende Mensch wußte das von vorn herein, und es gehörte eine sehr große politische Unerfahrenheit und ein außerordentlich leichtes literarisches Gemüt dazu, um diese Konsequenzen von Man-Manuschan und diesen Zusammenhang zwischen Marineforderungen und Kolonialpolitik nicht vorauszu sehen.

Wie wird es nun erst werden, wenn die Panzerschiffe fertig sind? Dann wird es erst heißen: „Woll-dampf voraus!“ in der Kolonialpolitik, und bald wird man sich in Kolonialabenteuer so verstricken, daß die Panzerschiffe abermals nicht mehr ausreichen, man wird sich auch mit den im voraus bewilligten Ersatzbauten nicht begnügen, man wird zu den Ausgaben kommen, wie sie Staatssekretär Hollmann in Aussicht gestellt hat — ein Marineetat von 420 Millionen jährlich — und noch darüber hinaus! Und dann kommen Steuern über Steuern, um die Deckungsmittel aufzubringen. Man will aber keine Reichs-einkommensteuer auf hohe Einkommen. Man hat den dahingehenden sozialdemokratischen Antrag, der sich in den höchsten bestehenden Grenzen von etlichen Millionen, welche die Reichs-zu bezahlen hätten, bewegte, verworfen. Man wird diese horrenden Summen durch Erhöhung der Zölle und der Verbrauchssteuern aufzubringen suchen.

Es gilt, dieser Mißwirtschaft endlich einmal einen Riegel vorzuschieben. Die Sozialdemokratie hat gewarnt vor dem ersten Schritt. Schon ist dieser gethan. Man halte wenigstens jetzt ein. Das deutsche Volk hat kein Geld zum Hiniauswerfen. Es ist des Glanz und der Armut genug im Lande. Man Sorge dafür, daß das arbeitende Volk in Deutschland sein Auskommen hat. Wir wollen Sozialpolitik, keine Kolonialpolitik. Wer dafür ist und der steigenden Steuerlast vorbeugen will, der wird am 16. Juni sozialdemokratisch wählen. (Sächsischer Arbeiterzeitung)

Spanien und die Vereinigten Staaten.

Vom Kriegsschauplatz.

Das Gerücht aus Kingston über eine schwere Niederlage der Amerikaner hat sich nicht bewahrheitet. Noch am selben Sonnabend abend wurde aus derselben Kingstoner Düngefabrik das Gegenteil gemeldet und von einem großen Erfolg der Amerikaner gefabelt. Kommodore Schley sollte in den Kanal von Santiago eingedrungen sein, Cerveras Geschwader zerstört und die Stadt Santiago bombardiert haben. —

Aus Washington wird hingegen berichtet: Admiral Schley gebrauchte vor dem Hafen von Santiago de Cuba die Kriegsschiffe, seine Schiffe zurückzuziehen, als ob er beabsichtigte, wo anders hinzuzugeln, dadurch bewog er den spanischen Admiral Cervera, seinen Versteckort zu verlassen. Plötzlich zurückkehrend, sah Schley einen Teil des spanischen Geschwaders und meldete dies nach Washington mit dem Bemerkten: „Ich habe sie. Sie werden niemals heimkehren.“ — Auf Cuba haben die Insurgenten die Angriffe gegen die Spanier wieder aufgenommen. Dem Standard wird aus Key-West vom Montag gemeldet: Die Stadt Remedios in der cubanischen Provinz Santa Clara wurde am Sonnabend von 800 Mann des von Gomez befehligten Aufständischen-Heeres, darunter 300 Veritlenen, angegriffen und genommen. Dabei wurde ein wenige Tage zuvor für die spanischen Truppen eingetroffener Vorrat an Lebensmitteln erbeutet. Der Verlust der Aufständischen wird auf 4 Tote und 3 Verwundete, jener der Spanier auf 32 Tote und 63 Verwundete angegeben. Die Spanier eroberten aber die Stadt später zurück. Die bei dem zweiten Treffen beiderseits erlittenen Verluste sind nicht bekannt. —

Militärische Nachrichten.

In Mühlhausen fand kürzlich eine Gerichtsverhandlung statt, die wegen ihres Zusammenhanges mit der Ernährung mehrerer Soldaten eine allgemeine Bedeutung hat. Die Frankfurter Zeitung teilt darüber Folgendes mit: Zwei Mühlhäuser, bei denen das hiesige Proviantamt seit

Moggen mahlen läßt, wurden von ihrem ehemaligen Obermüllern grober Unterschleife beschuldigt. Die Letzteren schrieben an das Proviantamt, daß die Firma zentnerweise von dem Mehl verende und verkaufe, das aus dem Moggen des Proviantamts genommen werde; dabei werde der Verlust an Gewicht dadurch verschleiert, daß dem Schwarzmehl, von dem das Soldatenbrot gemacht wird, entsprechende Mengen von Puß- und Staubmehl, gemahlenem Hühnerfutter und sogar von gesundheitschädlichen gemahlenern schwarzen Abnern, die von der Frucht ausgeschlossen werden, beigemischt würden. Das Proviantamt übergab diesen Brief den beschuldigten Müllern, damit diese gegen ihre Mitläufer wegen Verleumdung vorgingen, was diese auch thaten. Die angeklagten Briefschreiber scheinen aber einen geradezu vernichtenden Wahrheitsbeweis erbracht zu haben, denn sie wurden sowohl beim Schöffengericht wie in der Berufungsinstanz freigesprochen und den Klägern die Kosten der beiden Verfahren zur Last gelegt. Es ist selbstverständlich, daß nunmehr das Proviantamt gegen die Müllern vorgehen wird. Wichtiger aber ist, nach der Augsb. Abdtg., natürlich: Ist keine Kontrolle möglich, die solche Mehlerverschlechterung aufdecken muß? Es erscheint unglücklich, daß die schlechte Qualität des Brotes nicht bei einiger Fürsorge hätte aufgedeckt werden können. —

Abelige und bürgerliche Offiziere. Nach der neuen Rang- und Quartierliste sind die 8 Generalfeldmarschälle sämtlich abelig. Von 72 Generalen ist nur einer, der Generalquartiermeister Oberhoffer, bürgerlich. Von 77 Generalleutenants sind 11 bürgerlich. Nach der Vossischen Zeitung ist der Prozentsatz der bürgerlichen Generalleutenants, der vor 8 Jahren 17,3, vor 2 Jahren 15,6 und im vorigen Jahre 15,8 betrug, auf 14,3 Prozent zurückgegangen. Unter den 102 Generalmajors sind 44 bürgerlich. In der gesamten Generalität sind 56 Bürgerliche vorhanden gegen 57 im Vorjahre. Der Anteil der Bürgerlichen beträgt 17,5 Prozent gegen 22,5 im Jahre 1892. Von den 224 Obersten der Infanterie sind 86 bürgerlich, von den 68 Obersten der Kavallerie nur 5, von den 50 Obersten der Feldartillerie 33, von den 9 Obersten der Fußartillerie 8, von den 11 Obersten des Ingenieurkorps 10 und von den 12 Obersten der Gendarmarie 6. Die beiden Trainobersten sind bürgerlich. Insgesamt sind von 374 Obersten 150 bürgerlich. Von den sämtlichen Oberstleutenants sind 47,5 Prozent bürgerlich, von 1505 Majors 819, also 53,8 Prozent. Unter sämtlichen 2184 Stabsoffizieren sind 1104 oder 50,6 Prozent bürgerlich gegen 45,7 Prozent im Jahre 1890. Die Zahl der Regimenter, die ein durchweg abeliges Offizierkorps besitzen, ist seit dem Vorjahre von 30 auf 33 gestiegen. Bei der Garde-Infanterie stehen im ganzen nur 10 bürgerliche Offiziere, noch einer weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Regimenter, die nur abelige Sekondleutenants haben, beträgt außer den 33 ganz abeligen Regimentern 14 gegen 17 im Vorjahre. Die Zahl der Regimenter, die nur bürgerliche Sekondleutenants haben, ist gegen das Vorjahr von 20 auf 15 zurückgegangen. —

Nachrichten aus Magdeburg.

Der Stadtrath im Dienste der „notleidenden“ Landwirthschaft. In einem hiesigen Blatte finden wir folgende Notiz: Wegen der Kontraktbruch ländlicher Arbeiter wird jetzt die Menge vorgegangen. So geben die Amtsvorsteher von Wülte und Loburg die Namen von insgesamt 35 polnischen Arbeitern und Arbeiterinnen bekannt, welche im Laufe dieses Monats auf den Rittergütern Zerdel und Loburg II kontraktbrüchig geworden sind, indem sie die Arbeit heimlich verlassen. Dieselben werden jetzt Stadtrath verfolgt. — Erst werden die armen Landflaven durch die bekannte „humane“ Behandlung zur Verzweiflung getrieben. Entziehen sie sich dieser Hölle durch die Flucht, dann wird ein Stadtrath hinter diesen armen Opfern der Gefährlichkeit erlassen und zwangweise ihre Rückkehr in das alte Glend verfügt. Das nennt man dann „paternalistisches“ Verhalten, zu dessen Aufrechterhaltung eine Beseitigung der „Auswüchse“ der Freizügigkeit notwendig ist. —

Das hiesige Antisemitenblatt berichtet aus Halle: Es scheint eine abgemachte Sache zu sein, kurz vor der Reichstagswahl an hiesigen Orte Arbeiterausfälle zu konzentrieren, um bei den Arbeitnehmern Unzufriedenheit über die bestehenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse hervorzurufen. So befinden sich jetzt die Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Glaser und Klempner in reger Lohnbewegung. Die Stummischen Preisfabrikanten würden auch nicht dummer über die Ursachen der Lohnbewegungen urtheilen. —

Um die Einführung einer Umsatzsteuer auf Bazare, Fittalen usw. petitioniert die bekannte antisemitische Gründung, der wirtschaftliche Schutzverband an den Magistrat. Die Petition liegt gegenwärtig zur Unterzeichnung bei einer Anzahl von Geschäftsleuten aus. Diese ganze Angelegenheit ist ja vorwiegend Wahlfrage. Trotzdem wird es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis wir die Umsatzsteuer erhalten. Die beteiligten Kreise, welche Gegner der Umsatzsteuer sind, werden daher gut daran thun, sich diese Petition recht genau anzusehen, was in den Anlagestellen der Petition gesehen kann. —

Achtung, Landwehrlente! Im Monat Juni finden wieder große Landwehrlösungen statt. Die Familien der Einberufenen beziehen bekanntermaßen aus Reichsamtsstellen Unterstellungen, die im Rathause ausgezahlt werden. Es ist den Ehefrauen, welchen in den meisten Fällen noch immer der Umstand unbekannt ist, daß sie schon während der Uebung seit ihrer Ehegatten die gedachte Unterstüttung erhalten können und nicht die Rückkehr derselben abzuwarten brauchen, anzuraten, während der Uebung im Sinne des Gesetzes die Unterstüttungsgelder in Empfang zu nehmen. — Der Staat des Gesetzes bewirkt ja gerade die Unterstüttung während der Uebungszeit. — Die Vorlegung des Militärpasses ist nicht erforderlich, nur die Heiratsurkunde und die Geburtsurkunde in der Kinder sind mitzubringen. Durch die rechtzeitige Einziehung der Unterstüttungsgelder wird nicht nur in recht vielen Fällen den Familien außerordentlich gedient sein, sondern es wird auch der große Andrang an der Zahlstelle nach Ablauf der Uebung, der selbstverständlich für die Landwehrlente und ihre Gattinnen große Weiterungen und Zeitverluste nach sich zieht, vermindert werden. —

Dem Alkoholentzehl geht man jetzt im Regierungsbezirk Magdeburg mit Polizeiverordnungen zu Leibe. Es wurde nämlich nach Zustimmung des Bezirksausschusses folgende sofort in Kraft getretene Verordnung erlassen. § 1. Gast- und Schankwirthschaften, sowie diejenigen, welche Kleinhandel mit geistigen Getränken betreiben, sind verboten, an Personen, die ihnen von der Bezirkspolizeibehörde als Trunkenbolde namhaft gemacht sind, Bier, Wein, Trautwein oder sonstige geistige Getränke zu verabfolgen. § 2. Zumiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft. Etwa bestehende ortspolizeiliche Verordnungen, welche denselben Gegenstand, wie die gegenwärtige Polizeiverordnung betreffen, sind außer Kraft gesetzt. — Wenn man nicht bald alle Trunkenbolde zu soliden, nützlichem Menschen werden, dann giebt es überhaupt kein Mittel gegen die Trunkenheit. —

Die Gefangenearbeit der Provinz Sachsen. Aus einem von der Rechnungs-Kommission des Abgeordnetenhauses erlassenen Berichte geht über die Beschäftigung von Gefangenen in preussischen Gefängnissen innerhalb der Provinz Sachsen hervor, daß durch

Schnittlich 2284,36 Gefangene für dritte gegen Lohn beschäftigt wurden. Die Zahl der Arbeitstage betrug 688 303. Insgesamt verdienen die Gefangenen 327 229,80 Mark, nach Abzug der Kosten verbleibt ein Arbeitsverdienst von 307 047,22 Mark. Davon entfällt auf jeden Gefangenen überhaupt der Betrag von 99,98 Mark, auf jeden für dritte gegen Lohn beschäftigten Gefangenen der Betrag von 133,83 Mark. An die Gefangenen wurden bewilligt 93 443,81 Mark, zur Gerichtskasse abgeliefert 213 823,07 Mark. Davon wurden als Anteil der Staatskasse berechnet 170 917,07 Mark, zu Remunerationen der Gefängnisbeamten verwendet 42 908 Mark. Bei diesen Zahlen ist zu bedenken, daß ein oder mehrere Redaktionen der Volksstimme dazu beigetragen haben, die Zahlen zu erhöhen.

Wingstkreuze! Der Magistrat hat einen größeren Teil unserer Einwohner eine Freude gemacht, indem er ihnen am dritten Pfingstfesttage den Steuerzettel für das Jahr 1898/99 übermittelte. Diejenigen, welche noch nicht in den Besitz desselben gelangt sind, werden in ganz kurzer Zeit dieses Vergnügens haben. Die Auszahlung der Steuerzettel hat sich in diesem Jahre etwas verspätet, da die Genehmigung der Steuerzuschläge seitens der Regierung etwas auf sich warten ließ. Aus diesem Grunde wird auch die Freilegung des Endtermins, an welchem die Steuer entrichtet sein muß, etwas hinausgeschoben werden. Der Termin wird, nachdem sämtliche Einwohner in den Besitz des Steuerzettels gekommen sind, bekannt gemacht werden.

Der 13. Verbandstag der deutschen Gewerksvereine beschäftigte sich in seiner ersten Sitzung mit der Handels- und Handelspolitik. Herr Professor Vog-München sprach über „das Interesse der Arbeiter an der Handels- und Handelspolitik“ und trat für Fortsetzung der jetzigen Handelsvertragspolitik ein. In diesem Sinne äußerten sich auch sämtliche Redner in der Diskussion. Die über diesen Gegenstand angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut: „Im Interesse der deutschen Arbeiterklasse, der deutschen Landwirtschaft und der Stärke und Kraft unseres Vaterlandes richtet der 13. ordentliche Verbandstag der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dumcker) an die gesetzgebenden Körperschaften die dringende Forderung, die Handelsvertragspolitik ohne Erhöhung der Getreidezölle aufrecht zu erhalten und auszubauen und jede Erhöhung derselben entschieden zurückzuweisen. Zugleich spricht der Verbandstag sein Bedauern aus, daß die Eingabe des Centralrats an den Reichskanzler um Buzierung von Arbeiter-Vertretern zu der Vorbereitung neuer Handelsverträge erfolglos geblieben ist. Der Verbandstag wiederholt daher diese gerechte Forderung namens der gesamten Gewerksvereine.“ Dem von Dr. Max Hirsch erstatteten Tätigkeitsbericht wurde in allen Punkten zugestimmt und nachstehender Antrag angenommen: „Der 13. ordentliche Verbandstag der deutschen Gewerksvereine protestiert gegen jede irgendwie geartete Vereinfachung des Koalitionsrechts als ungerecht und gemeinlich, fordert vielmehr, als unentbehrliches Mittel zur Abwehr von Druck und Glend und zur Herbeiführung besserer materieller, geistiger und sittlicher Zustände für die Arbeitermassen, die vollste Koalitions- und Vereinigungsfreiheit und die Rechtshilfe der Arbeiterberufsvereine durch lediglich gerichtliche Eintragung.“

Unfälle. Der Arbeiter Wilhelm J. ist beim Pferdekönnen von einem Pferde gebissen worden und hat dabei eine erhebliche Wunde an der linken Hand erlitten. Der Schneebegleiter Alwin K. ist beim Beschlagen eines Pferdes von diesem geschlagen worden und hat dabei einen offenen Schädelbruch erlitten. Der Dreherlehrling Paul S. hat sich bei der Arbeit am Schleifstein die Kruppe eines Fingers abgeschliffen. Der Koch Emil K. hat sich beim Messerschneidern in einer heißen Restauration die Sehnen des linken Daumens durchgeschnitten. Der Arbeiter Martin Smerda erlitt auf der Kohlenfrede von Kleinrau Nachfolger in Budau dadurch einen Unfall, daß er beim Ausladen von Kohlen mit einer beladenen Karre von der Laufbohle stürzte und sich infolge des Sturzes die linke Hand leicht und das linke Knie schwer verletzte. Sämtliche Verletzte fanden Aufnahme in der Altkindlichen Krankenanstalt.

Nachrichten aus der Provinz.

In Tangermünde kirkert das Gerücht, man habe auf dem Weltischen Schiffbauplatze beim Ausschachten der Erde menschliche Gebeine gefunden. Bei einem solchen sollen blaue Knochen gefunden haben, woraus man schließen könne, daß der Beerbigte zu Gebeinen dem Weltischen angehöre habe. — Aus Schneebek werden zwei Unfälle gemeldet. Am Tage vor Pfingsten, des abends um 11 Uhr fuhr ein mehrere junge Leute auf der Elbe, als ein Kettenampfer kam und die sich aus dem Wasser hebende Kette den Kahn zum Kentern brachte. Die Insassen des Bootes konnten sich so lange an dem Boote festhalten, bis Hilfe aus der Stadt kam und die aus äußerster Erschöpfung rettete. Ein Soldat aus Magdeburg, welcher auf Urlaub bei seinen Eltern weilte, ging über das eingestriebte Bahngelände, um nach der elterlichen Wohnung zu gelangen. Ein heranwachsender Zug erfaßte ihn und fuhr ihm beide Beine und eine Hand ab. Halb verblutet wurde er aufgefunden und nach dem Krankenhaus gebracht, wo ihn bald der Tod von seinen Qualen erlöste. — Auf sonderbare Weise leitete etwa 60 Personen aus Fördertedt und den umliegenden Orten Pfingsten ein. Sie imzentrierten eine solenne Prügellei, wobei viele verwundet wurden und sich ins Krankenhaus begeben mußten. Gerichtsweise verurteilt, daß einige unter den Verletzten ihren Verwundungen erlegen seien. — Ein Fuhrwerksbesitzer in Passenhausen wurde am Sonnabend von seinem schon gewordenen Pferde durch einen Hufschlag getötet. — In Staßfurt versuchten Einbrecher in der Nacht zum ersten Festtag einen Geldschrank zu sprengen mit einer Dynamitpatrone. Es gelang jedoch nicht, weshalb die Diebe unverrichteter Sache wieder abziehen mußten. — In Halle wurde sämtlichen an den städtischen Gas- und Wasserwerken beschäftigten Personen der Lohn um täglich 20 Pfennig erhöht. Die dadurch entstandene Mehrausgabe von 8000 Mark wird dadurch gedeckt, daß Arbeiten für Private entsprechend höher berechnet werden.

Nachrichten aus dem Reiche.

Am ersten Pfingsttage wurde in Berlin eine Wutthat entdeckt. Ein Maurer erhielt verletzten in einem Anfall von Geistesgehrtheit seine Frau auf eine gewaltige Weise durch Schläge und Stöße ins Gesicht und auf den Kopf, alsdann erhängte er sich selbst. Die Frau ist am anderen Tage ihren Verletzungen erlegen. — Der Rheinampfer Humboldt, der mit Pfingstausflüglern voll besetzt in Bonn am Montag abend anlegen wollte, geriet mit seinem Vorderstele auf Grund. Die Fahrgäste wurden mittelst Dampfboot ans Ufer gebracht. Menschenleben wurden nicht verlegt. — Durch eine gewaltige Feuersbrunst wurde am Montag in Hamburg

die bedeutende Maschinenfabrik von Nagel und Caemp auf der Uhlenhorst total zerstört. Viel fertiges Material, darunter zwölf fertige elektrische Krähne für den hamburgischen Staat sind vernichtet. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Soziale Bewegung.

Der Stand des Innungswesens im Deutschen Reiche wird durch folgende Daten veranschaulicht. Die Zahl der Handwerksmeister betrug Anfang des vorigen Jahres ungefähr 785 000. Von diesen waren inunungsmäßig organisiert rund 225 000, also noch nicht 31 Prozent. Die Zahl der Innungen betrug nahezu 8000, so daß im Durchschnitt rund 28 Handwerksmeister auf eine Innung entfallen. 1408 Innungen besaßen auf Grund des § 100b der Gewerbeordnung die Befugnis, Streitigkeiten zwischen Handwerkslehrlingen und ihren nicht zur Innung gehörenden Meistern zu entscheiden und die zur Regelung des Lehrungsverhältnisses erlassenen Vorschriften auch auf außerhalb der Innung stehende Handwerker und deren Lehrlinge auszudehnen, eine Minderheit auch das weitere Recht, Nichtinnungsmitgliedern überhaupt das Halten von Lehrlingen zu verbieten. Dagegen ist von der Befugnis gemäß § 100f der G.-O., den Innungen das Recht zu verleihen, Nichtinnungsmitglieder zu den Kosten gewisser Innungsleistungen mit Beiträgen heranzuziehen, nur in 90 Fällen Gebrauch gemacht. Es gehörten mithin 17—18 Proz. aller Innungen zu den privilegierten, deren Umwandlung in Zwangsinnungen das Organisationsgesetz auf ihren Antrag zuläßt, ohne daß es dazu der Zustimmung der Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden des Bezirkes bedarf. Die Zahl der Innungslehrlinge betrug etwas über 188 000, also wenig über 61 Prozent der Zahl der Innungsmeister. Da eine größere Zahl von Meistern mehr als einen Lehrling hält, so dürfte nahezu die Hälfte aller Innungsmeister ihr Gewerbe ohne Lehrlinge betreiben haben. Da nach der Gewerbezahlung von 1895 in Preußen im ganzen 338 782 gewerbliche Lehrlinge vorhanden waren, so ergibt sich, daß die Innungen nur etwa 1/5 aller Lehrlinge in sich schließen. Den Innungskrankenkassen endlich gehörten nur etwa 7 Prozent der im Handwerk beschäftigten Gesellen und Lehrlinge an; die bei ihnen Versicherten bildeten wenig mehr als 1 Prozent der bei allen Krankenkassen zusammen Versicherten.

Die Generalversammlung der Allgemeinen Kranken- und Sterbefälle der deutschen Metallarbeiter, E. G. 20, Sitz Hamburg, wurde am 31. Mai in Mannheim eröffnet. Der Vorsitzende Deisinger hieß die Delegierten herzlich willkommen und hofft, daß die Beratungen zum weiteren guten Gedeihen der Klasse führen. Die Mandatsprüfungskommission wurde darauf gewählt, derselben gebürt Reichert-Sudenburg mit an und hierauf die Versammlung bis 2 Uhr vertagt. Nachmittags erstattet die Mandatsprüfungskommission Bericht, 108 Mandate werden für gültig erklärt, 4 Mandate fehlen, gegen ein Mandat war Protest eingelaufen, dasselbe wurde jedoch als gültig anerkannt. Es wird hierauf beschlossen, daß der I. und II. Vorsitzende sowie der Hauptkassierer immer zur Generalversammlung anwesend sein müssen. In die Beschwerdekommission werden 7 Mann, darunter Bernstein-Sudenburg gewählt, in die Haushaltungskommission 8 Mann. Darauf erstattete der Vorsitzende den Verwaltungsbericht.

Die Frauenpost.

Das kirchliche Frauenstimmrecht in der Schweiz. Ein Beispiel, wie die politische Idee des Frauenstimmrechts fortschreitet, liefert der Kanton Waadt. Im Jahre 1884 hatte Dr. Dufour (Lausanne) bei Beratung der waadtländischen Kantonsverfassung die Ansicht geäußert, es sollte den volljährigen Frauen die Stimmberechtigung bei der Wahl der Geistlichen eingeräumt werden. Er bemerkte, es wäre eine hohe Ehre für die neue Verfassung, wenn sie den Grundfah des kirchlichen Frauenstimmrechts aufnehmen würde. Mit 182 gegen 58 Stimmen wurde jedoch der Vorschlag Dufours vom waadtländischen Verfassungsrat abgelehnt. Nachher, als damals die meisten vernünftigen, hat sich aber der Gedanke seither verwirklicht: die Synode der „Freien Kirche (Eglise libre) des Kantons Waadt hat jetzt den Frauen für Kirchensachen das Stimmrecht (Aktivbürgerrecht) eingeräumt. Winet war der geistvolle Führer der „Freien Kirche“. In den dreißiger Jahren wurde im Waadtland die „Eglise libre“, die sich von der Staatskirche (Eglise nationale) ablöste, arg verfolgt; mit Feuerspreizen trieb die Staatsgewalt die Gläubigen auseinander. Je mehr sie verfolgt wurde, desto besser gedieh sie. Nun kann gerade die separatistische „Freie Kirche“ des Kantons Waadt das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, daß sie zuerst den Frauen das Stimmrecht in Kirchensachen verlieh. Sie hat dabei einen Zuge der öffentlichen Meinung gehorcht und alle Vorurteile tapfer bestritten. In den Städten der Schweiz, so in Bern, erfolgen die Wahlen der Pfarrer bei bedenklich schwacher Teilnahme der männlichen Wähler. Sobald die Frauen bei Pfarwahlen aktiv teilnehmen können, wird es wohl anders kommen. Die Frauen, die durchschnittlich fleißiger als die Männer die Kirchen besuchen, haben wohl auch ein besseres Urteil

über die Fähigkeit der Geistlichen und sicher ein größeres Interesse an der Wahl. Der im Kanton Waadt von der „Freien Kirche“ gemachte Anfang dürfte bewirken, daß auch in den Staatskirchen der protestantischen Kantone die Frauen die Stimmberechtigung in kirchlichen Angelegenheiten erlangen, und es ist möglich, daß auch dem Frauenstimmrecht neues Leben in die Kirche kommt. Die waadtländischen Zeitungen bemerken, wenn die Frauen in Kirchensachen das aktive Wahlrecht besitzen, so könne die Zeit kommen, da ihnen auch das passive Wahlrecht zu Teil werde. Wenn man den Frauen das Stimmrecht aber in kirchlichen Angelegenheiten einräumt, dann hindert nichts daran, auch in öffentlichen Angelegenheiten den Frauen das Stimmrecht zu geben.

Eingefandt.

Bundesversammlung der deutschen Naturheilvereine zu Halle a. S. am 28.—30. Mai 1898.
In einer Vorversammlung am Sonnabend, den 28. Mai, sowie einer ordentlichen Bundesversammlung am den beiden Pfingsttagen in den Kaiserpalast wurde der Deutsche Bund der Naturheilvereine vollständig neu organisiert. Anwesend waren 209 Delegierte von 141 Vereinen. Nach dem vom Vorsitzenden erstatteten Geschäftsbericht zählt der Bund jetzt 630 Vereine mit ca. 80 000 Mitgliedern. Aktivatorisch wirkte der Bund durch Herausgabe von 12 Flugblättern gegen Impfung, über Kochen, Krankeinstufen etc. Bezüglich der Organisation wurde beschlossen, daß die einzelnen Vereine hinfür in 20 nach Landesstellen geordneten Bundesgruppen zusammengeschlossen werden. Diese Bundesgruppen sind: 1. Chemnitz, 2. Leipzig, 3. Dresden, 4. Joldau, 5. Ost- und Westpreußen, 6. Schlesien, 7. Pommern, 8. Brandenburg, 9. Provinz Sachsen, Anhalt, Braunschweig, 10. Thüringen, 11. Mecklenburg, Hamburg, Schleswig-Holstein, 12. Niederwester und Emsgau, 13. Hannover, 14. Oberwester, 15. Niederrhein, Westfalen, 16. Mittelrhein, 17. Oberrhein, 18. Württemberg, 19. Bayern, 20. Oesterreich. Jeder Verein sendet je nach seiner Größe einen oder mehrere Vertreter in die Bundesgruppe. Die Vorsitzenden dieser 20 Bundesgruppen bilden einen Beirat, welcher dem Bundesvorstande beratend und unterstehend zur Seite steht. Die Bundesleitung besteht aus 7 Personen, welchen noch ein Aufsichtsrat von 5 Personen als Aufsichtsrat überstellt wird. Beide Korporationen werden alle zwei Jahre in der Bundesversammlung neu gewählt. Zum 1. Vorsitzenden wird darauf Braun-Berlin, zum 2. Vorsitzenden Siebert-Berlin, zum Schriftführer Röhbohl-Berlin gewählt. Zum Beirat wird als Ort für die zu Pfingsten 1900 stattfindende Bundesversammlung Gera gewählt. Darauf wird nach 28stündigen Verhandlungen der Bundeskongress geschlossen.

Die Verschmelzung der Ortskrankenkassen.
In langen, manchmal recht heftigen Urteilen ist in der Presse oft schon darüber geschrieben und betont worden, wie gesegnetlich für die Arbeiter größere Krankenkassen wirken, und ist deshalb die Notwendigkeit einer Verschmelzung der Kassen auch hier am Orte vielfach anerkannt worden. In einer großen Versammlung, die eigens zu diesem Zwecke tagte, wurde eine diesbezügliche Resolution angenommen, gleichzeitig auch eine Kommission gewählt, welche die ersten Schritte hierzu unternehmen sollte. Diefelbe ist unermüdet an ihre Arbeit gegangen, findet jedoch leider bei den meisten Kassen hier am Orte nicht die nötige Unterstützung. Die Kassenvorstände, und zwar in der Regel diejenigen, wo die Herren Arbeitgeber mit ihrem Mandanten an der Spitze das erste Wort führen, halten es für durchaus nicht nötig, der Kommission auf ihr höfliches Ersuchen und Bitten zu antworten, und ihr notwendiges Material zu übersenden, so z. B. Einteilung der verschiedenen Klassen, die Zahl der Mitglieder usw. Wären die Mitglieder nur einigermaßen organisiert und sich des Wertes bewußt, den ihnen größere Kassen bieten, sie würden wahrlich in ihren Generalversammlungen ein ernstes Wort mit den Herren vom Vorstande reden, und falls sie sich nicht fügten, dieselben an die Luft setzen und andere wählen. Die Arbeiter sämtlicher Kassen sind nochmals darauf hingewiesen, Sorge dafür zu tragen, daß eine Vereinigung erzielt wird, den Wert und Nutzen werden alle später anerkennen.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Donnerstag, 2. Juni:
Sudenburger Arbeiter-Gesangverein. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr Übungsstunde im Deutschen Hof, Midagelstraße 16.
Turnverein „Vorwärts“, Sudenburg. Jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr Turnstunde in der „Besten Bierhalle“, Schöningerstraße 28.
Gesangverein „Vorwärts“, Domsdorf. Jeden Donnerstag abend 8 1/2 Uhr Übungsstunde im Deutschen Kaiser.

Quittung.

Für die ausgelassenen Bauarbeiter gingen ein: Som. Stattpfizer am ersten Festtage 0,60. — Bom. Gemüsediesler im Luisenpark 1,00. — Von Ehrenfried Finte 8,00. W. Frech.

Beste Nachrichten.

Zusbruck. Der Bauarbeiterstreik ist beendet. Dienstag ist die Arbeit wieder aufgenommen. Die Forderungen der Arbeiter wurden mit geringfügigen Abstrichen genehmigt. Die Arbeiter erzielten unter anderem eine ungefähr 25prozentige Lohnerhöhung.

Wasserstände.

	Elbe.	Salz	Wuch
Außig	30. Mai	—	—
Dresden	—	+ 1.12	—
Torgau	—	+ 0.10	0.13
Wittenberg	—	—	—
Hoklau	—	+ 2.65	—
Barby	—	+ 3.18	—
Schönebeck	—	+ 3.18	—
Magdeburg	31. "	+ 2.75	0.13
Tangermünde	30. "	+ 3.48	—
Wittenberge	—	+ 3.52	0.04
Dömitz, Regel	—	+ 2.66	0.01
Lauenburg	—	—	—

Deffentliche Maurer-Versammlung
am Donnerstag, den 2. Juni, abends 7 Uhr
im Luisenpark, Spielgartenstraße.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über den Stand der Aussperrung.
2. Verschiedenes.
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig.

Arbeiter-Bildungsverein Salbke und Umgegend.
Heute Donnerstag abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Witwe Rausch in Fernerleben. Zahlreiches Erscheinen ist der wichtigsten Tagesordnung wegen dringend notwendig. Gäste haben Zutritt.
Der Vorstand.

Deffentliche Versammlung der Bau- und Erdarbeiter
Magdeburgs und Umgegend
am Donnerstag, den 2. Juni 1898, abends 6 1/2 Uhr im Dreikaiserbund, Grosse Storchstrasse.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über den Stand der Aussperrung.
2. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller ist notwendig. Die Lohnkommission.

Landgasthofs-Verkauf.
Wein in gr. Dorfe bei Landgasthof, gr. 327. Wein in gr. Gemüsegarten, stott. Geschäftswillig sofort für den hal. Preis von 31.000 Mark bei 3000 Mk. Anz. verkauft. Offerten unter N. G. 30 an die Exped. d. Stg. 3381

Konsumverein Biene
C. G. m. b. G. 1373
zu Schönebeck a. E.
Mitglieder von Westertshäfen und Salbke, welche noch alte große Gegenmarken besitzen, haben solche am Donnerstag, 2. Juni, nachmittags im Verkaufslager gegen neue umzutauschen und mitzubringen.

Bei
Einkäufen bitten wir unsere Leser, die Volksstimme beachten zu wollen.
Frdl. Logis Braunschweigstr. 18a, b, I, Schöna.

Hermann Liebau
 Breiteweg 127
 Ecke Schloßstr., Markt, 1. Balkenmarkt
 liefert an jedermann
Waren u. Möbel
 auf
Abzahlung
 mit kleiner Anzahlung und kleinen
 Zahlungsabsetzungen.
 Größtes Unternehmen dieser Art.

Billige Schwimmbäder!
 Vom Sonnabend, den 4. Juni cr. ab stellen
 wir unsere
Herrenschwimmbäder
 Spielgartenstr. 5a, Eingang durch den Thorweg,
 Fürstenstr. 23b, Eingang v. Weißgerberstieg aus
 jeden Sonnabend von 1/8 Uhr bis 9 Uhr abends
 zum Preise von
10 Pfennig
 zur Benutzung.
Bade- und Wasch-Anstalt.
 Die Direktion.
 1378

Standesamt.
Magdeburg, 31. Mai.
 Aufgebote: Gastwirt Friedr. Wilhelm
 Ludwig Dieking mit Agnes Dorothee Kropp
 in Habelborn. Hauptsteueramts-Assistent Hans
 Gustav Jäger in Blogau mit Elisabeth Gieseke
 in Eitendorf.
 Eheschließungen: Schuhm. August
 Schlegel mit Elisabeth Groß hier. Geschäftsfö-
 rendender Rud. Weber in Luc mit Anna
 Behre hier. Schlosser Emil Teupke mit
 Margarete Vosse hier.
 Geburten: Martha, T. des Handels-
 manns Hugo Schmidt. Viktor, S. des
 Ingenieurs Viktor Heinz. Ditto, S. des
 Kaufmanns Karl Fischer. Walter, S. des
 Porzellanbucklers Max Palm. Margarete,
 T. des Verfass. -Redirektors August Edel.
 Ditto, S. des Malers Wb. Gbn. Gertrud,
 T. des Schriftsetzers Richard Webbeling.
 Ein Sohn des Directr. des Magdeburger
 Celler-Werks Herm. Blesinger. Käthe, T.
 des Arb. Karl Stoy.
 Todesfälle: Andr. Schulze, Privat-
 mann, 78 J. 1 M. 28 T. Walter, S.
 des Schuhmachers Karl Koch, 2 M. 18 T.
 Johannes, unehelich, 1 M. 28 T. Gustav,
 unehelich, 3 M. 10 T. Emil, S. des Arb.
 Emil Pfeil, 1 J. 11 M. 27 T. Wilhelm
 Dittmeyer, Schriftf.-Invalide, 84 J. 4 M.
 17 T. Wilhelmine geb. Lamprecht, Ehefr.
 des Bur. - Dieners Ludwig Lemm, 67 J.
 9 M. 10 T. Hedwig, T. des Schneider-
 meisters Friedr. Daul, 3 M. 8 T. Friedr.
 Behrens, Postschaffner, 46 J. 1 M. 16 T.
 Wilhelm, S. des Hausdieners Wilhelm
 Baalch, 3 J. 5 M. 9 T. Bertha, T. des
 Manners Wilhelm Nade, 12 J. 22 T.
 Gertrud, unehelich, 1 M. Max Knauft,
 Schriftf.-Lehrl., 17 J. 6 M. 28 T. August
 Friesinger, Kaufm., 57 J. 11 M. 18 T.
 Frieda, unehelich, 4 M. 26 T. Hermann
 Müller, Proviantamtsdirector a. D. und
 Rechnungsrat, 76 J. 7 M. 8 T.
 Toigeburt: Ein Sohn, unehelich.

3000 Centner Seifen.
 Durch rechtzeitige Abschlüsse bin ich in der Lage,
 sämtl. Waschseifen trotz der sehr gestiegenen Fettpreise
 noch zu den alten 1238
billigen Preisen
 zu verkaufen. Ich bitte, von dieser günstigen Offerte Ge-
 brauch zu machen und den Bedarf für längere Zeit ein-
 zudecken.
 Magdeburg. **Max Görnemann.**

Auf Abzahlung
Möbel
Betten 1391
Polsterwaren
Herren-Konfektion
Damen-Konfektion
Manufakturwaren
 Anzahlung gering, Abzahlung 1 M.
 pro Woche an.
S. Osswald
 Waren-
 Abzahlungs-Geschäft
 Alte Ulrichstr. 14
 vis-à-vis der Ulrichskirche.

Subenurg, 31. Mai.
 Geburten: Elise, T. des Feuerwehr-
 manns Wilhelm Ehling. Erna, T. des
 Manners Eduard Abder. Ernst, S. des
 Schreibers Ernst Rohle. Anna u. Martha,
 Zwillingstüchter des Arb. Herm. Meuter.
 Ditto, S. des Arbeiters Wilhelm Altenburg.
 Erna, S. des Eisenrehers Paul Reipich.
 Helene, T. des Arbeiters Gustav Hohenfec.
 Lucie, T. des Borarb. Heint. Schmidt.
 Todesfälle: Martha, T. des Arb.
 Hermann Meuter, 1 T. Anna, T. des
 Arb. Herm. Meuter, 2 T. Albert, S. des
 Stellmachers Friedrich Meyer, 11 J. 9 M.
 3 T. Auguste geb. Fritsch, Ehefrau des
 Arb. Wilhelm Bogelsberg, 53 J. 6 M.
 28 T. Hermann, S. des Schlossers Karl
 Lautenroth, 1 J. 10 M. 16 T. Ditto, S.
 des Arb. Wb. Altenburg, 1/2 Sid. Paul
 Wölke, Musterlehrling, 14 J. 3 M. 21 T.
 Helene, unehelich, 7 M. 18 T. Auguste,
 T. des Arbeiters Ernst Fricke, 3 J. 4 M.
 24 T.
Buckau, 31. Mai.
 Aufgebote: Klempner Hermann Max
 Fabian in M. - Wilhelmstadt mit Anna
 Auguste Werner hier.
 Eheschließungen: Friseur Wb.
 Ernst August Bluhm mit Marie Margarete
 Paulbrach. Schlosser Friedrich August
 Günther mit Elise Marie Wegener hier.
 Schlosser August Friedrich Wilhelm Keil
 in Berlin mit Hermine Marie Elise Nicol
 hier.
 Geburten: Felix, S. des Formers
 Johannes Smurawski. Frieda, unehelich.
 Elisabeth, T. des Drebers Franz Fricke.
 Ditto, S. des Sattlers Otto Krüger.
 Gertrud, T. des Arbeiters Anton Weichsel.
 Ditto, S. des Arbeiters Otto Vertram.
 Todesfälle: Margarete, T. des
 Schuhmachers Karl Hemmlepp, 1 J. 2 M.
 Willi, S. des Arbeiters Friedr. Wieprecht,
 5 J. 1 M. 26 T. Anna, T. des Arbeiters
 Paul Riegner, 4 M. 4 T. Franz, S. des
 verk. Malers Franz Kobiella, 3 J. 22 T.

Auf Abzahlung!!
 Neu eingetroffen! 1246
Eine grosse Sendung
Kinderwagen
 mit gute und gediegene Fabrikate.
 Ferner empfehle
 mein reichhaltig sortiertes Lager in
Herren-, Damen-
 und
Kinder - Garderoben.
 Anfertigung auch nach Maß!
Theodor Matthies
 Heiligegeiststraße 36, 1.
Auf Abzahlung!!

Leichten und höchst lohnenden
Nebenverdienst 1380
 erwerben sich Fabrik-Portiers, Ar-
 beiter oder in Arbeiterkreisen ver-
 kehrende sollte Herren durch Ver-
 mittelung von Feuer-Versicherungen
 für alte deutsche Gesellschaft. Mühe
 leicht, da jeder Verheiratete gern
 die billige Feuer-Versicherung ab-
 schließt. Gest. Offerten unter K. T. 68
 an die Expedition d. Bl. erbeten.

Küchenzettel der Magdeburger
Volksküchen
 Gr. Marktstr. 2 und Schmidtstr. 61
 Donnerstag: Erbsensuppe mit Rippenped.
Gesucht werden:
 Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der
 Gewerkschaften Magdeburgs (Klein-
 Klosterstraße 15/16): Schneider, Schuh-
 macher, Stellmacher, Tischler, Klempner,
 Tapezierer, 2 Drechsler auf Dampftrieb
 und Schmiede

Olvenstedt. 340
 Die über Frau Schulze verbreiteten
 Gerüchte erkläre ich für gänzlich unwahr
 und böswillige Erfindung, so daß sie
 einen jeden gerichtlich belangen kann, der es
 ihr nachsagt.
F. Sch.

Es suchen Stellung:
 Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der
 Gewerkschaften Magdeburgs (Klein-
 Klosterstraße 15/16): Schlosser, Dreher
 Mechaniker, Bäcker, Köpfer, Formner,
 Buchbinder, Stenodrucker, Bürstenmacher,
 Fleischer und Arbeiter für jede Arbeit.

Viktoria-Theater.
 Donnerstag, den 2. Juni:
 Lustspiel des königl. preuß. Hoftheaters
 Herrn **Fritz Odemar** vom königl. Hof-
 theater in Hannover.
Der Störenfried.
 Lustspiel in 4 Akten von Rob. Benedig
 Freitag, den 3. Juni:
 Novität! Zum 3 Male Novität!
Ehmann auf der Weltausstellung.
 Burleske-Posse mit Gesang und Tanz in
 5 Akten von Eugen Boudens. Musik von
 Wiedicke

Todes-Anzeige.
 Allen Freunden und Bekannten zur
 Nachricht, daß mein lieber Mann, der
 Steinmetz 337
Alfred Mohs
 im Alter von 42 Jahren nach langen
 schweren Leiden sanft entschlafen ist.
 Die trauernde Witwe arbt Kindern.
 Die Beerdigung findet Donnerstag
 vormittag 1/10 Uhr vom Trauerhause,
 Kl. Klosterstraße 14, aus statt.

Walhalla-Theater.
 780 Täglich Künstler-
Spezialitäten-Vorstellungen.
 Donnerstag: Brühuppe, Kartoffelbrot und
 Bratwurstklöße.
 Freitag: Erbsensuppe, Bratfischchen und
 Calzartofeln.

Heute früh 1/1 Uhr endete plötzlich
 ein Herzschlag das rastlose thätige
 Leben meines innigstgeliebten Mannes,
 unersorglichen Vaters, Schwieger-
 vaters, Bruders, Schwagers und
 Onkels, des Restaurateurs
Chr. Koeppe 336
 im 54. Lebensjahre. Groß ist unser
 Schmerz. Um stille Teilnahme bitten
 Die trauernden Hinterbliebenen.
Mario Koeppe geb. Linderz u. Kinder.
 Alte Neustadt, 30. Mai 1898.
 Die Beerdigung findet Donnerstag,
 den 2. Juni, nachmittags 4 Uhr, vom
 Trauerhause, Ottenbergstr. 21, aus statt.

Neustadt, 31. Mai.
 Eheschließungen: Kesselführ. Paul
 Casache mit Emma Hahn. Mil.-Intend.
 Bur.-Diktator Hermann Theile in Hensburg
 mit Klara Epperlein.
 Geburten: Elise, T. des Handschuh-
 makers Reinhold Krause. Margarete, T.
 des Hilfsbreitens August Scharfberg.
 Gertrud, T. des Zimmermanns Hermann
 Claus. Hugo, S. des Weißgerbers Hugo
 Springen. Martha, T. des Arbeiters Aug.
 Grünwald.
 Todesfälle: Margarete, T. d. Hilfs-
 brenters August Scharfberg, 2 T. Adolf,
 S. des Arbeiters Adolf Krüger, 7 M. 5 T.
 Gertrud, T. des Lehrers Hermann Franke,
 7 M. 20 T. Jakob, S. des Handelsm.
 Thilo Vinte, 1 M. 7 T. Arbeiter Gust.
 Siegmund, 51 J. 5 M. 13 T. Ernst,
 S. des Zimmermanns Rud. Richter, 2 J.
 27 T. Eisen.-Stat.-Assist. Ernst Leisiger,
 55 J. 11 M. 2 T. Restaurateur Christ.
 Köppe, 53 J. 10 M. 6 T. Margarete,
 T. des Arb. Max Tonjor, 2 J. 3 M. 20 T.
Burg, 26. Mai.
 Aufgebote: Oberarzt vom Sanitäts-
 amt 4. Armee-corps Bruno Herm. Walter
 Krebs in Magdeburg mit Luise Auguste
 Gertrud Marie Wille hier.
 Geburten: Sohn des Arbeiters Wb.
 Oiderich. Tochter des Schuhmach. Friedr.
 Siebert.
 Todesfälle: Stellmachernstr. Gottfr.
 Meißner in Hleburg, 58 J. 4 M. 24 T.
 Paul, S. des Aderdrügers August Timme,
 1 M. 7 T.
 Vom 27. Mai.
 Geburten: Tochter des Zuschneiders
 Herm. Bruchmüller. Tochter des Arbeiters
 August Zinke.
 Todesfälle: Ernst, S. des Schuh-
 makers Wilhelm Klähn, 1 J. 20 T.
 Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.
 Außerdem liegt bei Bogen 51 vom
 Roman in Reih' und Glied.

Ger. Schellrippe
 dickfleischig Pfd. 60 Pf.
Cervelatwurst
 Pfd. 1 Mk.
 Hochfeine Schlachtwurst Pfd. 1.20 Mk.
 Feines Röstfleisch Pfd. 40 Pf. geräuch.
 Schmeckwürste.
Ewald Reinoga Nachf.
 Breiteweg 181, Eingang Himmelreichstr.

Eine hochfeine
5 Pf.-Cigarre
 empfiehlt 335
G. Sanftleben, Zimmermannstr. 31.
 Elegante Kinderwagen von
 10 Mark an, Korbwaren jeder Art zu
 herabgesetzten Preisen.
 1278
A. Küstermann
 Buckau, Feldstraße Nr. 63.
 Wäsche w. jaub. gewaschen u. geplättet
 Frau Kischinsky, Neuhaldenslebenstr. 2, 1.

Der Reichstagswähler
erscheint täglich als Beilage
der Volksstimme und stellt
sein Erscheinen nach Beendi-
gung der Reichstagswahl
(einschließlich Stichwahl)
wieder ein.

Mitarbeiter erwünscht.

Publikationsorgan für die Reichstagswahlkreise: Magdeburg, Wanzleben, Wolmirstedt-Neuhaldensleben, Osterburg-Sierdal, Salzwedel-Gardelegen, Jerichow I u. II und Calbe-Mischerleben.

Der Reichstagswähler
bringt in übersichtlicher Form
beachtliches Agitations-
material, das aufzubewahren
und zur Agitation zu ver-
wenden ist.
Gegensätzliche Flugblätter
sind einzusenden.

Der Reichstagswähler.

Reichstagswahl 16. Juni, vorm. 10 bis nachm. 6 Uhr.

Magdeburg, den 2. Juni 1898.

Reichstagswahl 16. Juni, vorm. 10 bis nachm. 6 Uhr.

Die Reichstagswahlen 1871-93/96.

Beistehende Tafel aus Professor Hickmanns geographisch-statistischem Taschenatlas des Deutschen Reiches ermöglicht eine sehr deutliche Uebersicht über die Reichstags-Wahlresultate seit 1871. Wenn auch innerhalb der Legislaturperioden durch einzelne Neuwahlen, welche durch Tod oder Mandatsniederlegung der betreffenden Abgeordneten notwendig werden, das Gesamtbild immer noch einige Veränderungen erleidet, so bleibt doch das Resultat bei den Hauptwahlen ziemlich ausschlaggebend. Es soll an der Hand der beigegebenen Tafel lediglich das Steigen und Fallen im Besitzstande der einzelnen Parteien seit der Begründung des Deutschen Reiches betrachtet werden. Da finden wir, daß in den Jugendjahren des Reichstages, als die Freunde von dem Neugeschaffenen noch übermächtig war, die Nationalliberalen über eine so große Abgeordnetenzahl verfügten, wie sie keine andere Partei bisher aufzuweisen hatte: 125 Mann sandten sie 1871 in den Reichstag, bei der nächsten Wahl gleich 30 mehr und auch in den folgenden Reichstagsperioden 1877/78 und 1878/81 waren sie numerisch jeder anderen Partei über, um dann dem Centrum den Vorrang zu lassen, das sie 1887 zwar noch einmal mit einem ganzen Abgeordneten übertrumpften, um nachher den Ultramontanen und den Konservativen den Vorrang zu lassen. Der „Turm des Centrum“ war am stärksten bei der Wahl für 1890 bis 1893. Es zählte damals eine Beisatzung von 106 Abgeordneten, nachdem es 1871 mit 61 begonnen hatte. Die Zahl wurde, mit Ausnahme der Wahl für 1878/81, wo sie um einen Mann zurückblieb, dauernd und oft sehr stark überschritten. Zweimal, 1881 und 1893, hatten die Katholiken die hübsche runde Zahl von 100 Abgeordneten. Bedeutende Schwankungen in ihrer Stärke hat auch die konservative Partei zu verzeichnen. Bei den neun Wahlen während der Zeit von 1871 bis 1893 stellt sich ihr Zahlenverhältnis wie folgt: 57, 22, 40, 59, 50, 78, 80, 73, 61. Bei der Wahl 1887 erreichten sie mit 80 Mann ihren höchsten Besitzstand. Gegen die genannten drei Parteien stehen die anderen, soweit nur die Zahl der Mandate betrachtet wird, wesentlich an Größe zurück, doch haben auch die jetzt sehr zusammengebrochenen freisinnigen Parteien Zeiten großer Blüte gesehen. Ihren höchsten Stand erreichten sie 1884 mit 67 Abgeordneten, bei der nächsten Wahl gingen sie auf 32 zurück, um 1890 wieder auf 66 emporzuschwimmen. In den ersten Reichstag sandten sie 46 Kämpfer. Die Freikonservativen, die Seite an Seite mit den Konservativen marschieren, hatten ihre beste Zeit in 1878/81, wo sie 57 Mann hoch in den Reichstag einzogen. Bei der letzten Wahl zählten sie, wie 1881, 28 Köpfe. Den verhältnismäßig geringsten Schwankungen unterworfen zeigt sich das Häuflein derer, die sich keinem Parteizwang unterwerfen mochten, das der Fraktionslosen, der Wilden. Ihrer hat es immer gegeben. Bei der letzten Wahl erschienen ihrer 27 auf der Bildfläche, ebenso wie 1884. Bei den anderen Wahlen waren sie immer etwas schwächer vertreten. Sehen wir uns — von den kleineren Parteien, über die das Diagramm ja auch genügende Auskunft giebt, zu schweigen — schließlich noch die Sozialdemokraten an. Sie zogen 1871 zwei Mann hoch in den Reichstag ein, stiegen nach zweimaligem Rückgange, fortgesetzt, gingen bei der letzten Wahl mit 47 Mann aus der Urne und sind inzwischen noch stärker geworden. Wäre die Gesamtstimmenzahl allein entscheidend und würden die Schlachten nicht in mehreren hundert Wahlkreisen einzeln geschlagen, so müßten sie die meisten Mandate haben, denn sie brachten es 1890 auf rund 1 400 000, 1893 gar auf 1 790 000 Stimmen, eine Zahl, die bisher von keiner anderen Partei erreicht wurde.

Das Programm der Sammlung.

Die Centrumpresse fragte, welches sei das Programm der „Sammlung“? Darauf antwortet die Kreuzzeitung: „Es dürfte in weiten Centrumskreisen bekannt sein, daß das sogenannte Viefelder Programm von der Regierung wie von den politischen Parteien als Sammlungs-

Programm erachtet wird. Dieses von Sr. Majestät dem Kaiser proklamierte Programm lautet: „Schutz der nationalen Arbeit aller produktiven Stände, Kräftigung eines gesunden Mittelstandes, rückwärtslose Niederwerfung jedes Umsturzes und die schwerste Strafe dem, der sich untersteht, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern.“

Das wäre also das Sammlungs-Programm! Was die Parteien darunter verstehen, ist leicht zu kennzeichnen: „Schutz der nationalen Arbeit“ — Getreidezölle, die das Brot verteuern und den Boden verteuern, dem Handwerker und Arbeiter den Erwerb erschweren und aus ihren knappen Löhnen die Hypotheken der ostelbischen Mittergutbesitzer bezahlen.

„Kräftigung eines gesunden Mittelstandes“ — viel Geschrei und wenig Wille. Man verspricht einen „goldenen Boden“ dem Handwerk

Zur Wahlbewegung.

Zur Abschaffung des geheimen Stimmrechts. Zum Reichswahlrecht äußerte sich Freiherr v. Stumm in einer Wahlrede in Staudernheim nach der Frankfurter Zeitung wie folgt: Das allgemeine Wahlrecht sei ein Kompromiß zwischen Regierung und Volk, bei dem die Diätenlosigkeit der Abgeordneten zu Grunde liege. Mit Gewährung oder Zulage von Diäten sei die Regierung also ihres diesbezüglichen Vertrages ledig. Was das geheime Wahlrecht anlangt, so müsse man als deutscher Mann den Mut haben, seine Ansichten frei zu bekennen und zu vertreten, aus welchem Grunde eigentlich eine geheime Stimmenabgabe nicht nötig sei. — Der Beherrscher des Saarreviers würde anders reden, wenn er als Arbeiter bei dem Freiherrn v. Stumm in Lohn und Brot steht. — Der Kandidat der „vaterlandslosen“ Sozialdemokraten als Repräsentant reichstreuer und gut deutscher Gesinnung. In Straßburg verursacht die Person des Sammel-

kandidaten Riff den „altdeutschen“ und waderen Patrioten arge Beklemmungen. Riff ist durchaus kein „Protestler“, das heißt erklärter Gegner der deutschen Herrschaft in den Reichslanden, was er schon als Suffizant nicht sein kann, er gehört zu jenen „bekehrten“ Elchäffern, die die jetzige Versöhnungspolitik in Menter und Würden beruht, um „moralische Eroberungen“ zu machen. Aber er ist ein ausgesprochener Partikularist. Und da beginnen nun die „Altdeutschen“ und Deutschnationalen an seine Kandidatur Zweifel zu knüpfen. Ihr Hauptblatt, die Straßburger Post, bringt eine Zuschrift, in der gesagt wird:

Mehr und mehr zeigt es sich, daß sehr viele Wähler verschiedener politischer Richtung, aber gleich deutscher Gesinnung es unmöglich finden, für Herrn Riff zu stimmen. Wird Herr Riff gewählt, wenn gleich mit Hilfe deutschgesinnter, so wird man das in Paris nicht ohne Grund für einen Sieg des Franzosentums halten. Das ist wenigstens unmöglich, wenn Herr Wöhle (der sozialdemokratische Kandidat) gegen sollte. Ich verdente es freilich niemand, wenn er es nicht über's Herz bringen kann, für den Sozialdemokraten zu stimmen, zumal ein so wenig hervorragendes Mitglied der Partei; ich weiß auch noch nicht, ob ich mich dazu werde entschließen können. Aber so viel ist meines Erachtens sicher: für Riff kann kein guter Deutscher stimmen. Man bedenke, daß die Straßburger Post halboffiziös und ein bekanntes Sozialisten-fresserblatt ist. Also in den „bedrohten“ Reichslanden gilt

der Kandidat der „vaterlandslosen“ Sozialdemokraten als Repräsentant reichstreuer und gut deutscher Gesinnung. Besser könnte das dumme Gerede über den Vaterlandsverrat und die Ausländerei der deutschen Sozialdemokratie nicht widerlegt werden als durch dieses Bekenntnis eines „guten Deutschen“. Wo immer man uns der „Vaterlandslosigkeit“ bezichtigt, da präsentiere man den halboffiziös empfohlenen Sozialdemokrat Wöhle in Straßburg. —

Die deutschen Friedensgesellschaften in Thätigkeit.

Die deutsche Friedensgesellschaft empfiehlt zu den Reichstagswahlen ihren Ortsgruppen und Mitgliedern den Kandidaten die Fragen vorzulegen, ob sie bereit seien, im Falle ihrer Wahl bei jeder Gelegenheit für die Schlichtung zwischen den Völkern einzutreten, und ob sie der interparlamentarischen Friedenskonferenz beizutreten gedächten. „Es dürfte“ (heißt es in der Mitteilung) „auch abgesehen von der praktischen Unterstützung solcher Mandatsbewerber, die die Frage bejahen, durch die zahlreichen Friedensfreunde — nicht uninteressant sein, die Meinung der künftigen Parlamentarier über die Friedensbewegung kennen zu lernen.“ Was brauchen die Friedensfreunde da noch lange herumzuzagen? Sie sollen einfach für die Sozialdemokraten stimmen, von diesem wissen sie, daß sie dem Militarismus scharf auf den Leib rücken und mit seiner allwärtigen Befestigung die Kriege unmöglich machen. Aber so viele dieser Friedensfreunde möchten den Belz des Militarismus wachen, ohne ihn naß zu machen! Sagen doch sogar in den Ortsgruppen Friedensfreunde, die erst 1893 der Militär-... 1898 ... Flottenvorlage zustimmten. —

und fällt indessen mit Gold die Kassen der Börse und Banken. Man nimmt Milliarden Staatsschulden auf und erhebt Hunderte von Millionen Verbrauchssteuern. Das Kleid des Armen verschleißt, indessen baut man Panzerschiffe, und währenddem er an den Bettelstab gebracht wird, verköstet man ihn mit der Redensart von der nationalen Ehre.

„Rückwärtslose Niederwerfung jedes Umsturzes“ — die Krute für die Arbeiter, die sich gegen Ausbeutung und Knechtung auflehnen.

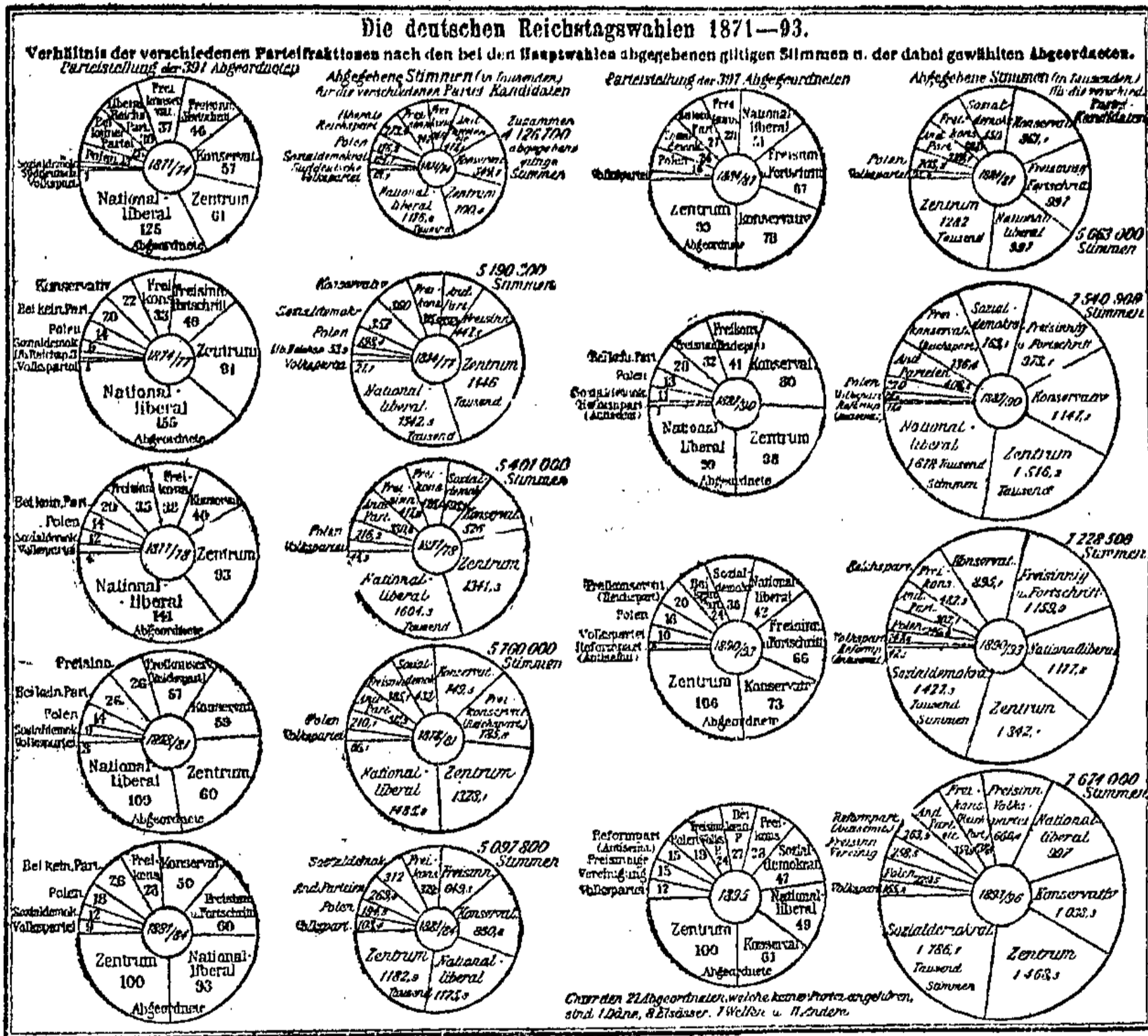
„Schwerste Strafe dem, der sich untersteht, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern“ — wer das Geschäft der Ausbeutung stört, ist ein Landesverräter. Gefährliche Parteimahme für die Unternehmer gegen die Arbeiter.

Das ist das Programm der Parteien, die zur Sammlung rufen — Sammlung zum Kampf gegen die Arbeiter.

Nur zu! Zeigt nur offen, was Ihr wollt, erscheint mit diesem Programm auf der Wahlstatt, und die Antwort darauf wird Euch erschallen millionenfach.

Die im Verbreitungsbezirk der Volksstimme aufgestellten Kandidaten der Antisemiten, Nationalliberalen und Bauernbündler haben sämtlich den agrarischen Sammelruf unterzeichnet, der die oben angeführten Ziele verfolgt.

Arbeiter, Handwerker! Rafft Euch zusammen! Nieder mit der Politik der Sammler. —



Über den 21 Abgeordneten, welche keine Partei angeht, sind: 1. Däne, 2. Elsäßer, 3. Welfen u. 4. N. d. d. d.

Eine aufgelöste Versammlung.

In Penzance wurde jüngst eine Wählerversammlung aufgelöst, weil ein sozialdemokratischer Redner ausführte: „Alle die nicht arbeiten, sind Faulenzer oder Schmarozger.“ Gegen diese Äußerung wurde Beschwerde beim babilischen Ministerium des Innern eingelegt und dabei auf das klassische Wort hingewiesen, das Oberbürgermeister Schneker auf einem Arbeiterbanket bei der Jubelfeier des Großherzogs gesprochen hat. Es lautet: „Wer nicht arbeitet, ist ein Lump, ob er auf der Landstraße sich herumtreibt oder im Palast Champagner trinkt.“

Die Vorteile des Flottengesetzes für die Arbeiter.

Die Berliner Politischen Nachrichten haben herausgerechnet, daß das Flottengesetz ein großer Segen für die Arbeiterschaft gewesen ist. Innerhalb der sechs Jahre, in denen die Flotte ihren Sollbestand erreicht haben soll, entfielen von den bewilligten Summen allein 60,3 Millionen Mark auf Arbeitslöhne, in welchen sich 56 000 Arbeiter beteiligten und in Betracht kommenden Verufe teilten. Der Jahresdurchschnitt des Meeresverkehrs betrafe sich an Arbeitslöhnen und Arbeiterzahl auf insgesamt jährlich 53,8 Millionen Mark und 40 600 Arbeiter.

Das sind, bemerken hierzu nationalliberale Blätter, „Ziffern, die eine bereite Sprache führen für die Vorteile, die das Flottengesetz den deutschen Arbeitern bringt! Aber sie erscheinen noch um so größer in Wirklichkeit, wenn man bedenkt, daß die aufgeführten Zahlen doch nur diejenigen Summen an Geld und Menschen bedeuten, die ganz unmittelbar durch die im Flottengesetz festgesetzten Aufwendungen betroffen werden. Die mittelbaren Vorteile für Landwirtschaft, Handel und Industrie, die aus dem gesteigerten Konsum der Zehntausende in lohnender und dauernder Beschäftigung stehenden Arbeiter erwachsen, der zu erwartende Aufschwung aller Gewerbe und die günstige Rückwirkung auf die in ihnen tätigen Arbeiter, die Sicherung und Ausbreitung unseres Erwerbslebens im In- und Auslande durch eine starke Flotte — das alles sind Dinge, die wir heute noch nicht in Zahlen abwägen können, die wir aber wohl für die Zukunft in Auge behalten dürfen.

Nach alledem ist der Schluss berechtigt, daß die Anhänger des Flottengesetzes sich als wahre Freunde der Arbeiter erwiesen haben. Wer gegen das Gesetz gestimmt hat, hat auch gegen die Interessen der Arbeiter gehandelt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben als Gegner des Gesetzes die Arbeiter zu schädigen versucht — erfreulicher Weise diesmal ohne Erfolg.

Wen glaubt denn die nationalliberale Presse mit ihren Auslassungen zu täuschen? Die Arbeiter? O, dann ist sie doppelt zu beneiden! Die Arbeiter wissen besser, als es ihnen die nationalliberale Presse sagen kann, was ihnen frommt. Die Arbeiter glauben nicht an das einfältige Gerede von den wohlthätigen Wirkungen, welche eine starke Flotte auf Handel und Gewerbe ausüben soll; sie wissen, daß der „Aufschwung aller Gewerbe“ mit der Flotte in gar keinem Zusammenhang steht. Die Arbeiter wissen aber auch, was ihnen die nationalliberale Presse geflissentlich verschweigt, nämlich, daß es zumeist Arbeiter gewesen sind, aus denen die für die Flotte verausgabten Summen sich zusammensetzen, und daß es in allererster Linie eine Reihe von Unternehmern ist, die Riesensummen an den zu bauenden Kriegsfahrzeugen und Kriegsgeschützen „verdienen“. Daß auch einige Tausend Arbeiter dabei beschäftigt werden und ihren Lohn erhalten, läßt sich nicht in Abrede stellen. Aber nur tropfenweis erhält die Arbeiterschaft auf der einen Seite wieder, was man ihr auf der anderen im voraus genommen.

Auch verschweigt die flottenbegeisterte nationalliberale Presse, daß mit den bewilligten Unsummen ganz gewaltige Kulturaufgaben hätten gelöst werden können, Kulturaufgaben, bei denen eine nicht minder große Anzahl von Arbeitern Brot und Verdienst gefunden hätte und die dem deutschen Volke dauernde Vorteile gebracht hätten, während die Kriegsfahrzeuge nicht nur keinen Nutzen bringen, sondern im mer neue Opfer erfordern und dabei eine ständige Kriegsgefahr bilden.

Für eine solche „Arbeiterfreundlichkeit“, wie sie von den Flottengesetzbewilligern betätigt worden ist, danken die Arbeiter bestenfalls, wie der Ausfall der Wahlen am 16. Juni zeigen wird. Das Wahlergebnis wird auch darthun, wer im Interesse der Arbeiter gehandelt hat, die Anhänger des Flottengesetzes oder die sozialdemokratischen Gegner desselben.

Dies unsere Antwort auf die Ausführungen der nationalliberalen Presse, welche nicht durchweg so gemein gewesen ist, als die Magdeburgerische, die den Angriff auf die Sozialdemokratie mit einem Angriff auf den Genossen Singer. Was Blatt mag sich hüten, in dieser Weise fortzuführen, sonst lassen wir einige Episteln aus der Gründerperiode folgen, an der bekanntlich Personen beteiligt waren, die noch heute kommerziell-kandidaturen in den Sattel heben wollen. Lamentlich wollen wir uns mit dem nationalliberalen Unrat noch nicht beschäftigen, aber vielleicht greifen wir den Dreck noch an. Gute Nacht, Tante! —

Witze für die Reichstagswahl.

In Wahlkreise Wolmirstedt-Neuhaldensleben stehen den Sozialdemokraten so gut wie gar keine Versammlungslokale zur Verfügung, wodurch der Verkehr des sozialdemokratischen Kandidaten mit den Wählern arg unterbunden wird. Diesem Uebel abzuwehren ist der Kandidat der sozialdemokratischen Partei auf die verzeuflte Idee gekommen, Sprechstunden einzuführen. Er kündigt in den Amtsblättern an wann und wo er zu sprechen ist. Der erste Versuch wurde in Kolbitz gemacht, der als gelungen zu betrachten ist. Es waren über 150 Wähler erschienen, um dem sozialdemokratischen Kandidaten Fragen vorzulegen. Natürlich reißt nun überall Sprechstunden an. Bravo! —

Seitens der preussischen Regierung ist verfügt worden, daß am Tage der Reichstagswahl der Schulunterricht nur insoweit ausfällt, als Schulräume zu Wahllokalen benützt werden. Die Volksschullehrer müssen also ihr Wahlrecht außerhalb der Dienststunden ausüben. Wir möchten bitten, die Abgabe der Stimmen sogleich nach Beendigung des Vormittagsunterrichts zu vollziehen, damit die Lehrer Zeit gewinnen für die Kandidaten der Sozialdemokraten zu agitieren, die die besten Freunde der Lehrer und die Verfechter wahrhaft pädagogischer Reformen sind. —

Die Polizeistunde im Wahlkampf.

Die Aufhebung der Feierabendstunde für Wählerversammlungen während der Wahlzeit hat die heftigste Kammerentsprechung einem sozialdemokratischen Antrag zugestimmt. Die Regierung erklärte sich dazu bereit. Es empfiehlt sich, daß auch die anderwärts eingeführte Polizeistunde während des Wahlkampfes aufgehoben wird. Das Versammlungsrecht wird hierdurch in empfindlicher Weise geschädigt. Den Geschäftsleuten und Handlungsaestellten ist es fast unmöglich gemacht, Versammlungen bezuzugewinnen — auch wird jede freie Aussprache unterbunden. —

Aus Karlsruhe wird berichtet: Abgeordnete aller Parteien haben an das Eisenbahnministerium das Ersuchen gerichtet, daß am Wahltag wie auch am Tage der Stichwahl die Arbeiterwochenkarten schon von mittags 12 Uhr ab Gültigkeit haben, damit es auch den auswärtig in Arbeit stehenden Arbeitern ermöglicht werde, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Zur Nachahmung empfohlen. —

Aus den Wahlkreisen.

Die Pfingstfeiertage sind vorüber, sie sind nicht nutzlos verstrichen, sondern zur Verbreitung sozialistischer Flugschriften und Zeitungen und Gewinnung neuer Abonnenten benützt. Alle, welche auf dem Lande tätig waren, konstatierten mit Genugthuung, daß die Landbevölkerung sich unseren Anschauungen bei weitem zugänglicher zeigte, als dies in den vorausgegangenen Wahlen der Fall war. Der Groll der Landbevölkerung richtet sich vornehmlich gegen die von gegnerischer Seite ausgestreuten Flugschriften, die von Anfang bis Ende sich als Beschuldigungen der sozialdemokratischen Ziele und als gemeine Beschimpfungen der sozialdemokratischen Vertreter offenbaren. Die auf dem Lande abgehaltenen Versammlungen waren durchweg gut besucht und verliefen prächtig. Obwohl in fast allen Versammlungen die Spitzen des Ortes zugegen waren, genierten sie sich den sozialdemokratischen Rednern entgegenzutreten, wodurch die Autorität so mancher Ortsgrößen argen Schiffbruch erlitt. —

Magdeburg.

Die Sächsen aus geht mit der Behauptung kreis, daß dem Genossen Schmidt in antisemitischen Versammlungen nicht das Wort erteilt werde, weil er das „unverschämte Kustreten der Sozialdemokraten in Förderstedt gebuldet habe“. Wir haben bislang diese Behauptung unbeachtet gelassen und würden auch heute nicht darauf zurückgekommen sein, wenn die Sächsen nicht das Fächerhüftchen verlor hätte, den Genossen Trautwein gegen den Genossen Schmidt auszuspielen. Wie lagen die Dinge: In Förderstedt hatte Herr Frey sein Programm entwickelt, dabei die unglücklichsten Dinge über seine Partei und auch die Sozialdemokratie erzählt. Soweit dem Genossen Schmidt Redezeit gewährt, zerstückte er die Freyschen Trüben. Dadurch war die Stille und der Großwahn des antisemitischen Redners auf das Schwere verletzt. Die Versammelten waren ob dieser Abfuhr so begeistert, daß sie gegen 5—10 Stimmen beschlossen, das Wort zu verweigern. Schmidt, der dies verhindern wollte, erklärte, keinerlei Einfluß auf die Versammlung zu haben, die souverän sei. Daraus schließt die Sächsen, Schmidt habe das Vorgehen der Genossen gebilligt. Das ist nicht wahr! Schmidt hat vor seinen Parteigenossen das Verfahren auf das Entschiedenste verurteilt und ihm ist auch von Vertrauensleuten zugestimmt worden. Zugleich ist auch von Schmidt angedeutet, daß die Antisemiten das Verhalten der Versammlungsbesucher als Vorwand benutzen würden, um Schmidt stets das Wort zu verweigern. Und so ist auch eingetroffen. Schmidt ist eben in Folge seiner parlamentarischen Tätigkeit in der Lage, das Übergewicht der Antisemiten zu zerbrechen. Dies ist auch der Grund, weshalb Schmidt in den Versammlungen der Nationalliberalen nicht reden darf. Alle gegenteiligen Behauptungen sind haltlos. —

Die Agitation für Einführung einer säkularisierten Umsatzsteuer für Konsumvereine, Großhändler und Filialen wird auch von dem General-Anzeiger und dem amtlichen Anzeiger betrieben. In den Geschäftsstellen dieser Blätter liegen auch die in voriger Nummer erwähnten Petitionen des sogenannten wirtschaftlichen Schutzverbandes aus. Wie wir erfahren, tagt demnächst eine von Großkaufleuten einberufene Versammlung, die hiergegen Stellung nimmt. —

Weshalb die Sozialdemokratie bekämpft werden soll, verriet uns der Amtliche Anzeiger: Ein Wahlergebnis zu Gunsten der Sozialdemokratie würde eine Minderung des deutschen nationalen Ansehens und Credits bedeuten, und es ist mit vollem Recht darauf hingewiesen worden, daß die Gegner des Deutschen Reiches im Auslande bei der Abschätzung unserer kriegerischen Leistungsfähigkeit die Stärke der Sozialdemokratie in Rechnung stellen. Daher ist die energische Bekämpfung der Sozialdemokratie eine nationale Pflicht. —

Der Herr R. Arenst, H. Bortfeld, H. Poppel, G. Hünke, D. S. Köner, H. Raab, R. Mensing, H. Oberbeil und E. Saueracker fordern die nationalliberalen gewählten Einwohner in Neustadt auf, am Mittwoch in der „Wilhelma“ zu erscheinen, zwecks Vorbereitungen zur Reichstagswahl. Endlich kommen die Unternehmer und Kommerzienräte und ihr Anhang in Bewegung. —

Wanzleben.

Die Freisinnige Vereinigung hat den Stadtverordneten Sonntag Magdeburg als Kandidat aufgestellt. Damit ist die von der Magdeburgerischen Zeitung so viel gerühmte „Einigkeit“ wieder in die Brüche gegangen. Wir gratulieren! —

Nachdem die Antisemiten sich dem Ausbrennerartikel öffentlich unterworfen haben und dasselbe die Sächsen mit gut bezahlten Auftritten beglückt, zeigt sich das Blatt seinen neugeborenen Freunden dienstbereit und schimpft recht herzlich auf die „sozialdemokratische Judensturztruppe“. Im gewissen Sinne hat das Blatt recht. Die Sozialdemokratie bekämpft jede Art der Unterdrückung und Ausbeutung, nicht sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Nation, und in dadurch das beste Bollwerk gegen die antisemitische Massenagitation. In diesem Sinne wollen wir uns die Bezeichnung Judensturztruppe gefallen lassen. Wenn die antisemitische Presse damit aber die böswillige Insinuation verbindet, daß

die Sozialdemokratie dafür die pekuniäre Unterstützung des jüdischen Kapitalismus fordere und erhalte, so müssen wir diese Verleumdung energisch zurückweisen. Denn wir bekämpfen im Gesamtkapitalismus auch das jüdische Kapital und haben deshalb naturgemäß gerade unter den jüdischen Großkapitalisten unsere erbittertesten Feinde. Die großen Geldmächte, welche die Sozialdemokratie nach antisemitischen Behauptungen von den Juden erhalten haben sollen, sind nur in der antisemitischen Fiktion vorhanden. Denn nachgerade weiß jedes Kind, daß der sozialdemokratische Parteifonds pfennigweise von den Arbeitern und Kleinbürgern gesammelt wird und daß die großen Summen, die im Vorwärts mandal unter fingierten Namen kultiviert werden, die Ueberreste der Parteiblätter und Parteigeschäfte sind. Aber weshalb wiederholen wir das Gesagte? Die Antisemiten werden trotzdem und alledem ihre Beschuldigungen aufrecht erhalten; wie der Abler sich vom Was ernährt, so der Antisemit von Verleumdungen und Fälschungen, die er mit Vorliebe gegen Sozialdemokraten schiebt, damit das christliche Fabrikantentum und das neu-deutsche Junkertum um so effizienter die Arbeitskraft anderer ausbeuten kann.

Neuhaldensleben-Wolmirstedt.

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben, welche am Sonntag im Pilsenerpark tagte, war von 50 Delegierten aus 29 Orten besucht. Als Vertreter des Central-Wahlkomitees war Fabian-Magdeburg anwesend. Der Kandidat des Kreises, Genosse Räther, referierte über Agitation und Organisation, wobei sich eine lebhafte Diskussion entwickelte. Der Wahlkreis wurde in 12 Bezirke eingeteilt, deren Dominanz Agitation und Flugblattverteilung zu regeln haben. In Ermangelung von Versammlungslokalen soll die mündliche Agitation durch Agitationstouren betrieben werden. —

Am 2. Pfingsttag wurden im Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben 40 000 Flugblätter verbreitet, darunter 2000 politische. Die Verteilung ging glatt von statten. —

Satzweber-Garbeslegen.

Die erste Volksversammlung die vielleicht jemals, mindestens aber seit langer Zeit in demselben von Sozialdemokraten einberufen wurde, tagte am ersten Pfingstfeiertage. In Ermangelung eines Versammlungslokals hatte man ein großes Feld erbaut, in welchem sich etwa 250 Personen versammelt hatten. Redner war Genosse Haupt aus Magdeburg, welcher den Erschienenen ein genaues Bild über die Tätigkeit des Reichstages und die Wichtigkeit der bevorstehenden Reichstagswahlen entwarf. Natürlich verfehlte der Referent auch nicht, die über die Sozialdemokratie in der Gegend noch weitverbreiteten Lügen gehörig zu beleuchten. Nach Schluss des Referates wurde zur Diskussion aufgefordert, allein die anwesenden Anhänger der übrigen Parteien zogen es vor, zu schweigen, trotzdem ihnen völlige Redefreiheit gewährt war. In seinem Schlusswort kritisierte der Referent dieses Gebahren und forderte die Anwesenden auf, am Tage der Wahl dem Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben. Die versammelten Arbeiter und Bauern, welche sicherlich zum größten Teil zum ersten Male einer sozialdemokratischen Versammlung beiwohnten, folgten den Ausführungen des Referenten mit sichtlichem, sich immer mehr steigendem Interesse. Für den Ausfall der Wahl läßt die Versammlung das Beste hoffen. —

Salbe-Wischerleben.

In dem Schönebecker Tageblatt lesen wir: „Einen schöneren Beweis patriotischer Selbstaufopferung künnten die Antisemiten nicht erbringen, als wenn auch sie noch in letzter Stunde auf ihren ausichtslosen Sonderkandidaten Windewald verzichteten und damit die Gefahr einer Stichwahl beseitigten. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß eine Stichwahl günstig für Plade ausfällt, das sanftmütige Verhalten des Dr. Schneider sollte auch den Garnisonisten aufgeklärt haben.“ Wie schön das Tageblatt die Antisemiten schmeicheln kann. Bis vor wenigen Tagen zeigte sich bekanntlich dies Blatt von einer anderen Seite; es hat die Vertreter der freisinnigen und sozialdemokratischen Partei gleich nichtsnützig behandelt wie den Vertreter der antisemitischen Partei. Es gehört ein sonderbarer Charakter dazu, alle diese Gemeinheiten zu vergessen. Von freisinniger Seite geschieht dies nicht; ob die Antisemiten den Wunsch der Pladeaner erfüllen, wissen wir nicht. —

Die freisinnige Volkspartei hatte zum Freitagabend in Duedlinburg eine Versammlung einberufen, um ihren Kandidaten in Erinnerung zu bringen. Der Einladung hatten etwa 150 Personen Folge geleistet, darunter etwa die Hälfte Sozialdemokraten. Redner war Herr Meinede, Magdeburg, der sich mit der Sozialdemokratie nicht beschäftigte, sondern nur Agrarier und Nationalliberale charakterisierte und zur Wahl des freisinnigen Kandidaten aufforderte. Ihm folgte Herr Dr. Schneider, Schönebeck, der unter Anführung an Wortkommisse in einer Versammlung in Schönebeck das politische Programm des Herrn Plade und seine Agitationsweise beleuchtete. Den Standpunkt der Sozialdemokratie vertrat Genosse Müller, Magdeburg, der sich nach Lage der Sache aber auch mehr mit der Kandidatur Windewald und Plade, als mit der Kandidatur Saalwächter beschäftigte. —

Oschersleben-Halberstadt-Vermitzerode.

Die Nationalliberalen ahnen, daß ihr Kandidat, Gutsbesitzer Kimpau, dem Ansturm der Sozialdemokraten unterliegt, und bitten deshalb den Bund der Landwirte, auf die bereits aufgestellte Kandidatur zu verzichten. Der Bund der Landwirte zeigt sich aber nicht entgegenkommend, da Kimpau, obwohl er fast sämtliche Forderungen der Agrarier im Reichstage unterstützte, als unsicherer Kandidat verurteilt ist. 1893 wurden abgegeben für die Sozialdemokratie 9881, Freisinnigen 2101, Nationalliberalen 10 028, Konservativen 5927 Stimmen. In der Stichwahl siegte dann der nationalliberale Kandidat mit 18 154 Stimmen über den sozialdemokratischen Kandidaten, der 10 255 Stimmen auf sich vereinigte. —

Die Wahlen in der Provinz Sachsen.

Wahlkreis (Magdeburg) Wanzleben. (Bevölkerung 80 132; städtisch 44 256, ländlich 35 876; ev. 86,9 Proz., kathol. 11,4 Proz.)
1867: I. Abg. St.: g. 6722; Franz Fr. R. 3059.
II. Abg. St.: 3487; Dr. Legibi Fr. R. 1881. Legibi wird ord. Professor am 4. Juni 1868. Nachwahl 30. Septbr. 1868: v. Wenda R. L. 1522.
1871: v. Wenda R. L. 3313, S. D. (Noff.) 738, jpl. 110.
1874: v. Wenda R. L. 4564, S. D. (H.) 144, jpl. 85.
1877: v. Wenda R. L. 4220, S. D. 726, jpl. 57.
1878: v. Wenda R. L. 6297, R. P. 2171, S. D. 1489, Centr. 272, jpl. 16.
1881: v. Wenda R. L. 3812, R. P. 1942, S. D. 466, jpl. 11.
1884: Wahlb. 15 842, abg. St.: g. 7694 (ug. 29, W. 30) = 48,8 Proz.; v. Wenda R. L. 4766, F. 1523, S. D. 1393, jpl. 12.
1887: Wahlb. 15 781, abg. St.: g. 11 632 (ug. 36, W. 37, Differenz in den Wählerlisten von Wolmirstedt) = 73,9 Proz.; v. Wenda R. L. 9100, F. 533, S. D. 1933, jpl. 16.
1890: Wahlb. 16 439, abg. St.: g. 12 447 (ug. 58) = 76,2 Proz.; v. Wenda R. L. 6371, F. 1360, Centr. 43, S. D. 4673, jpl. 20.
1893: Wahlb. 17 638, abg. St.: g. 15 310 (ug. 39) = 87,1 Proz.; v. Wenda R. L. 7758, Dr. Wufferow Fr. R. 2059, Dr. Heber Centr. 53, Gerlach S. D. 5439, jpl. 10.

Kandidat der sozialdemokratischen Partei: Tichler Ferd. Gerlach-Halberstadt.

Volks-Versammlungen.

Wahlkreis Salbe-Wischerleben. Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 Uhr, in Aken. Referent: Ad. Hoffmann-Berlin. — In Wischerleben. Referent: W. Müller-Magdeburg. —

Verantwortlicher Redakteur August Müller, Magdeburg. Verlag von Bernh. J. Harbaum, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Bethge, Magdeburg.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 126.

Magdeburg, Donnerstag, den 2. Juni 1898.

9. Jahrgang.

Chronik auf das Jahr 1848.

2. Juni.

Nachdem Nadekly während der letzten Tage in Norditalien mehrere Mißerfolge erlitten hatte, den Oesterreichern, wie berichtet, auch die Festung Peschiera verloren gegangen war, traf bei dem Oberbefehlshaber die Nachricht von dem Wiener siegreichen Auszuge des 26. Mai ein. Nadekly beschloß nunmehr, die von ihm begangene Offensivoffensive aufzugeben und wurde in diesem Beschlusse bestärkt durch die Erwägung, daß aus der Heimat zunächst keine Verstärkungen zu erwarten sein würden, ja, daß er eventuell zum Kampfe gegen die Revolution in den österreichischen Stammländern abberufen werden könnte. Er hielt es deswegen für geraten, sich vor allen Dingen den Rücken frei zu halten und die im Osten auf dem Wege nach Oesterreich gelegenen Städte, vor allem Vicenza, zu bemessen. Er setzte sich deswegen mit seiner Armeekorps auf diese letztgenannte Stadt zu in Bewegung. Karl Albert besetzte mittlerweile auch die Höhen von Rivoli, wodurch Nadeklys Verbindung mit Tirol abgeschnitten wurde.

Eine Pfingst-Erinnerung an den Studiosus Miquel.

In der Saalezeitung finden wir folgende Pfingst-Erinnerung an den Studiosus Miquel: In der bewegten Zeit des Jahres 1848 war es vor allem Arnold Ruge, der freisinnige Aesthetiker, mit Uhland, Kinkel, Truchsess v. Waldburg, Simon und anderen Mitgliedern der äußersten Linken, der in seiner „Reform“ einen Ausruf ergehen ließ, der mit der Mahnung schloß: „Rust von der Wartburg herab in alle Lande laut und stark: Wir wollen die geistig wie mit dem Schwerte errungene Demokratie wahren und gegen jeden Feind, den inneren und äußeren, bis auf den letzten Blutstropfen verteidigen. Kein Leben ohne die Freiheit! — es lebe die Freiheit!“ Dieser Ausruf fand bei einem großen Teile der Studentenschaft einen begeisterten Widerhall, vielen aber schien eine solche Erklärung zu gefährlich, zu unpassend! Und so schlossen sich konstitutionelle und Demokraten zu besonderen Gruppen zusammen, um gesondert ihre offenen Erklärungen für Volk und Parlament zu beraten. Schon am 12. Juni trat die republikanische Partei im Rathhause von Eisenach zusammen und diskutierte unter dem Vorsitz des Studiosus Miquel aus Göttingen den Inhalt der zu erlassenden Schriftstücke, und unter seiner Regide kam eine Adresse zu stande, aus der wir nur einige Proben mitteilen:

Wartburg, 13. Juni 1848.

Hohe Nationalversammlung!

Deutschland soll ein Bundesstaat sein, dessen einzelne Glieder ihre Verfassung selbständig ohne irgend welchen Einfluß des Bundes oder einzelner Staaten desselben feststellen. . . . Der Gesamtsstaat konstituiert sich als Republik. . . . Wir protestieren gegen die Ermächtigung eines Kaisers, denn wir wollen die Freiheit unseres Staates nicht in die Gewalt eines Fürsten gegeben sehen. . . . Wir werden die Konstituierung einer deutschen Fürstengewalt (im Gesamtstaate) als Verrat an der heute vom Volke beschlossenen Volkssouveränität ansehen. Eben deswegen fordern wir, daß die Verfassung Deutschlands nicht durch Vereinbarung entstehe, sondern einzig und allein durch die Abgeordneten des souveränen Volkes beschlossen und festgestellt werde. Endlich verlangen wir direkte Wahlen, da nur sie die Meinung des Volkes unverfälscht repräsentieren, und Beginn des Wahlrechts mit dem 21. Jahre.

Diese Adresse, die eigentlich an Deutschland nichts zu wünschen übrig läßt, schien einer weiteren republikanischen Versammlung, die gleichfalls unter dem Vorsitz des Studiosus Miquel tagte, noch lange nicht energisch genug, und man ermächtigte den Vorsitzenden zum Entwurf einer neuen. In dieser Versammlung beantragte sodann ein Berliner Student, ein Sendschreiben an Hecker zu erlassen, der bekanntlich mit gewaffneter Hand in Südbaden die Republik aufzurichten suchte an der Spitze seiner wilden Freischaren. Auch diese Adresse wurde genehmigt und auch sie enthält einige schöne Kraftstellen, die das Herz des Studiosus Miquel sicher höher schlagen ließen, so z. B.:

Die deutsche Einheit wurde bestellt zum Hecker deutscher Freiheit, das wiedergeborene Vaterland getauft mit dem blutigen Morde seiner ersten Republikaner. . . . Die Zwangsbürgen im neuen Stile werden fallen und ihre Quaden sich zum Triumphbogen fügen, durch welchen du, ein Held der Freiheit, eingehst in dein Vaterland!

Furzweiliger hatte Studiosus Miquel den neuen Entwurf einer Adresse an die Nationalversammlung fertiggestellt und nach einem langen Redegesichte, das lediglich einige kleine Aenderungen zum Resultat hatte, ging der neue Miquelsche Entwurf durch! Er unterscheidet sich von dem ersten nicht wesentlich, nur ist er etwas umfangreicher und energischer, und er interessiert als das „Sammlungsprogramm“ der studentischen Republikaner von 1848:

Hohe Nationalversammlung! . . . Unsere (d. h. der Studenten) Stimme wird man um so weniger überhören, als wir im heiligen Kampfe der Freiheit alles zu opfern stets bereit gewesen sind und das Volk auf uns steht als auf diejenigen, die überall das Banner der neuen Welt leuchtend vorangetragen! Die Revolution, in der wir leben und deren Früchte wir uns um keinen Preis verkümmern lassen wollen, hat als Grundlage der Verfassung die Volkssouveränität hingestellt. Diese wollen wir nicht durch ein Kaiserthum vernichtet wissen; wir wollen vielmehr, daß die Eine Volkskammer die einzige gesetzgebende Behörde für Deutschland sei. Wir wollen keine Vereinbarung mit den Fürsten, denn die Nation hat sich selbst aus eigener Kraft geeinigt und wird aus ihren bewährtesten Patrioten schon den Mann finden, der nicht von Gottes Gnaden, sondern frei gewählt ihr Bundesoberhaupt sein wird. Mit einem Worte: Wir wollen die Republik, als die einzige Staatsform, die eines edlen und gebildeten Menschen würdig ist. . . . Mit Volkssouveränität

und Volksgläub ist Fürstenthumverneinung und Fürstenthum unverträglich. . . . Vertreter der Nation, hört auf die Stimme derer, die, wie sie bisher für die Freiheit gekämpft und gelitten, so auch immer dieselbe zu schirmen und ihr Blut für sie zu vergießen bereit sein werden.

Wartburg, 15. Juni 1848.

So redete und schrieb der Studiosus Miquel vor 50 Jahren. Heute ist aus dem Studiosus der Herr Finanzminister von Miquel geworden, der sein 50 jähriges Revolutionsjubiläum dadurch begeht, daß er die „Politik der Sammlung“ insceniert; heute ist der damalige rote Republikaner und Revolutionär „der Liebling hoher Herren und Agrarier“ dessen „Zwangsbürgen im neuen Stile“ noch anders aussehen, wie diejenigen, gegen welche Hecker ankämpfte. —

Gemeinde-Zeitung.

Volksvorstellungen im Stadttheater.

Unsern städtischen Behörden bietet sich jetzt bei Erneuerung des Pachtvertrages mit dem Pächter des Stadttheaters die Gelegenheit, eine sozialpolitische That zu vollbringen. Wir wollen nicht verstehen, unsere Stadtväter nachdrücklich hierauf hinzuweisen mit dem Wunsche, daß die Gelegenheit benützt werde. Es handelt sich um Einführung von Volksvorstellungen im hiesigen Stadttheater. Wir denken uns diese Einrichtung, die schon in vielen Städten eingeführt ist, etwa folgendenmaßen: Des Sonntags nachmittags werden Vorstellungen zu einem billigen einheitlichen Preise für sämtliche Plätze des Stadttheaters gegeben. Höher wie 50 Pf. darf der Preis für ein Billet nicht betragen, viellecht ist es aber möglich, denselben niedriger zu gestalten. Diese Vorstellungen sind für diejenigen Schichten der Bevölkerung geplant, welchen sowohl die Zeit, als auch die Mittel fehlen, die Abendvorstellungen zu besuchen. Diefem Besucherkreis entsprechend wählen dann auch die zur Aufführung bestimmten Stücke entsprechend. Nicht jede Straße à la Schühn, n. Moser und Kadelburg, sondern gute, klassische und moderne Dramen, die dem in Arbeiterkreisen herrschenden Bildungsbedürfnis entsprechen, dürfen zur Ausführung gelangen.

Die mannigfaltigen Vorteile, welche durch Einführung dieser Volksvorstellungen erzielt werden könnten, sind leicht ersichtlich. In erster Linie würde weiten Kreisen unserer Bevölkerung, die infolge ihrer traurigen Lage nicht im Stande sind, das Theater besuchen zu können, der Besuch derselben ermöglicht. Daß dieses nur wünschenswert ist, wird von niemand im Stadtverordnetenkollegium oder im Magistrat bestritten werden können. Bei richtiger Auswahl der Stücke können diese Vorstellungen in hohem Grade erzieherisch wirken und Liebe zur Kunst und Verständnis für die Werte unserer Bühnendichter in den Kreisen der Bevölkerung erwecken, die jetzt noch ziemlich teilnahmslos allem Kunststücken gegenübersehen. Und zwar teilnahmslos deshalb, weil sich ihnen keine, ihrer freien Zeit und ihren Mitteln entsprechende Gelegenheit bietet, Anregungen auf diesem Gebiete zu empfangen. Diese Anregungen könnten aber die Volksvorstellungen geben, deren Einführung hauptächlich von den städtischen Behörden beschlossen wird.

Bei der überaus großen sozialen und erzieherischen Bedeutung dieser Volksvorstellungen sollte die finanzielle Seite dieser Frage eigentlich gar nicht in Betracht kommen. Da aber voraussichtlich gerade in dieser Hinsicht Bedenken geltend gemacht werden, wollen wir nur bemerken, daß man wohl mit Sicherheit auf einen sehr starken Besuch dieser Vorstellungen rechnen kann. Bei einem Eintrittspreise von 30 bis 50 Pf. wird die Direktion des Stadttheaters sicherlich auf ihre Kosten kommen. Und das wird genügen. Ein Gehalt braucht mit diesen Vorstellungen ebenso wenig wie mit den Schiller-Vorstellungen verbunden zu sein.

Für das Stadtverordnetenkollegium bietet die bevorstehende Erneuerung des Pachtvertrages mit Herrn Direktor Cabilus eine außerordentlich günstige Gelegenheit, die Veranstaltung solcher Volksvorstellungen zu beschließen. Derselbe läßt sich die Herren die Er-sparungen, die man in anderen Städten mit dieser Einrichtung gemacht hat, als Vorbild dienen und nutzen die Gelegenheit aus. Wir ver-wellen auf zwei Städte in unserer Nachbarschaft, welche diese Vor-stellungen beschlossen haben, Gotha und Erfurt. In ersterer Stadt ist man sehr zufrieden mit dem Erfolg, in Erfurt sind die Vorstellungen noch nicht praktisch durchgeführt, da der Beschluß erst in diesem Früh-jahr nahezu einstimmig von den Erfurter Stadtverordneten gefaßt wurde. Derselbe schließt sich Magdeburg dem Vorgehen dieser beiden Städte an. Eine Einrichtung, die in jeder Beziehung nur vorteilhaft wirken kann, zu schaffen, ist nun in die Hand des Stadtverordnetenkollegiums gegeben. Machen dieselben hiervon Gebrauch, dann können sie der Anerkennung weitester Kreise unserer Bevölkerung gewiß sein. —

Soziale Bewegung.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter in der Provinz.

Da die Frage des Koalitionsrechts jetzt gerade in der Wahlbewegung eine große Rolle spielt und die Bourgeoislandbibanten ebenso eifrig wie heuchlerisch verfahren, das denkbar größte Maß von Koalitionsfreiheit bestreben bereits und es zeigen sich sogar „Auswüchse“ derselben, so wird es nützlich sein, einen Fall krasser Unterdrückung des Koalitionsrechts, der sich erst in diesen Tagen ereignet, bekannt zu geben. Er ist durchaus nicht der einzige, aber ein besonders deutliches Beispiel davon, wie Behörden und Unternehmer zusammenwirken, um das durch § 152 der Gewerbeordnung gewährleistete Recht ganz einfach aufzuheben.

Wollten da die Arbeiter von Dichtersleben (Kreis Wolmirstedt, Regierungsbezirk Magdeburg) sich dem „Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“ anschließen. Am 23. April erhielten sie das Gründungsmaterial, und unterm 4. Mai wurden die in Vorschlag gebrachten Bevollmächtigten und Revisoren bestätigt, am 21. Mai lief schon bei dem Verbandsvorsitzenden die Nachricht ein, daß die Firma Reinhardt u. Co. 14 ihrer Arbeiter sofort entlassen habe und zwar wegen deren Verbandsangehörigkeit; und zwar wegen deren Verbandsangehörigkeit; und zwar fortiger Entlassung aufgegeben, sich bis zum 1. Juni bei dem Verbandsvorsitzenden abzumelden. Der Nachricht war die Behauptung beigelegt, der Amtsvorsteher von Dichtersleben habe der Firma die namentliche Mitgliederliste und auch das Verbandsstatut vorgelegt.

Der Leiter der genannten Organisation, dem es denn doch zu ungeheuerlich erschien, daß ein Amtsvorsteher Listen, welche nach dem klaren Wortlaute des Gesetzes doch nur

zur Information der Polizeibehörde dienen sollen, dem Arbeitgeber zur Verfügung gestellt haben sollte, wandte sich dann sofort selbst an den Herrn Amtsvorsteher in Dichtersleben mit einer Anfrage, und bereits am 28. Mai lief die Antwort ein, die lediglich das kaum Glaubliche bestätigte, daß der Firma, die ihre Arbeiter entläßt, weil diese von dem § 152 der Gewerbeordnung Gebrauch machen, die Mitgliederliste von der Ortspolizei zur Einsicht vorgelegt worden ist. Hier ist das klassische Schriftstück:

Dichtersleben, den 25. Mai 1898.

Wirtsvorsteheramt

No. Nr. 237.

Im Verfolg Ihres Schreibens vom 23. d. M. zur gefälligen Kenntnisnahme, daß eine Auswählung der Mitgliederliste an die Firma Reinhardt u. Co. nicht stattgefunden hat.

Ich habe jedem Arbeitgeber und zwar auf Weisung meiner vorgelegten Behörde, welcher Einsicht in die Liste zu nehmen wünschte, demselben die Liste in meinem Amtszimmer vorgelegt. Ebenso dem Vorstand des Landwehrunterstützungsvereins hier selbst.

Das Vorgehen der Firma Reinhardt u. Co. ist durch das Verhalten der Mitglieder des Verbandes gegen Nichtmitglieder zum guten Teil hervorgerufen. Auch glaube ich annehmen zu dürfen, daß es mir nicht schwer fallen wird, nötigenfalls den Beweis beizubringen, daß Politik getrieben worden ist.

An Herrn August Weyh

in Hannover.

(Unterschrift.)

Daß Politik in der soeben gegründeten Zahlstelle getrieben worden sein soll, ist schon auf Grund des kurzen Daseins der Zahlstelle so gut wie ausgeschlossen. Aber selbst wenn die Zahlstelle wirklich Politik getrieben hätte, woher hatte denn der Herr Amtsvorsteher und seine vorgelegte Behörde das Recht, den Arbeitgeber und dem Vorstand des Landwehrunterstützungsvereins Einsicht in die Mitgliederliste des Vereins zu gewähren? —

Gerichtliche Urteile.

Schwurgericht Magdeburg.

In seiner letzten Sitzung verhandelte das Schwurgericht gegen den Zimmergesellen Adolf Debertshäuser zu Sudenburg, geboren am 31. März 1858, wegen **wissenschaftlichen Meineides** und den Fleischermeister Wilhelm Steinmann daselbst, geboren am 18. Juni 1861, wegen **Anstiftung dazu**. Letzterer wurde am 25. Juli 1894 morgens beobachtet, als er in der Vorhalle des Rühlhauses des städtischen Schlachthaus aus zwei dort aufgehängten Kindern des Fleischermeisters Siebenbüsch den Nierenapfen herausschnitt und in seine Rühlzelle trug. Infolge der erstatteten Anzeige wurde Anklage erhoben und das Schöffengericht verurteilte Steinmann am 29. Oktober 1894 wegen Diebstahls zu einer Woche Gefängnis. Er legte Berufung ein und benannte den ihm damals befreundeten Debertshäuser als Entlastungszeugen, der am 28. Januar 1895 vor der 3. Strafkammer eidlich eine bewußt wahrheitswidrige Aussage gemacht haben soll, um die Freisprechung des Angeklagten zu erwirken. Trotzdem wurde die Berufung verworfen.

Später entstand Feindschaft zwischen den beiden Männern, sie prozessierten mit einander um sich schließlich wieder zu einigen. In dieser Periode hatte Debertshäuser wiederholt zu anderen Personen gesagt, er bringe Steinmann noch ins Zuchthaus. Diese Äußerungen führten zu Denunziationen und hatten die heutige Anklage im Gefolge. Die Angeklagten erklären nicht schuldig zu sein.

Der frühere Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Meinhard, hat ein Schriftstück zu den Akten eingereicht, in welchem er ebenfalls seiner Ueberzeugung von der Unschuld der Angeklagten Ausdruck giebt. Dem steht gegenüber die Aussage des Zeugen Möbelhändler Hahnwald. Ihm hat der Angeklagte Debertshäuser mit Bezug auf seinen Prozeß gegen Steinmann u. a. wiederholt erklärt: „Wenn er mir das Geld zu Wasser macht, dann gehe ich ein Jahr hin und Steinmann geht drei Jahre hinterher wegen der Spießbüberei auf dem Vieh Hofe, die Kuh hat ganz wo anders gehangen, als ich beschworen habe. Steinmann hat mich zu dieser falschen Aussage verleitet.“ Als Hahnwald ihm darauf vorhielt: „Menschenkind, dafür bekommt Ihr ja Zuchthaus!“ erwiderte Debertshäuser: „Das ist ja ganz egal.“ Dies Gespräch hat der Zeuge hinterher dem Kaufmann Bernhardt mitgeteilt, der es dem Tischlermeister Diefelbau vernahm. Letzterer hatte von Debertshäuser 1500 Mark zu fordern, die er nicht erlangen konnte und reichte deshalb die Denunziation ein.

Die Wirtschafterin des Zeugen Hahnwald bestätigt im wesentlichen dessen Aussage, will sich aber, da sie an Gedankenschwäche leide, der einzelnen Punkte nicht mehr erinnern.

Hahnwald, der schon öfter vorbestraft ist, wird von anderer Seite als ein sehr rachsüchtiger und dem Steinmann feindlich gestimmter Mensch geschildert.

Das Gesamtergebnis der sehr umfangreichen Beweisaufnahme, gelegentlich der auch eine Inaugenscheinnahme im Schlachthause stattfand, überzeugte die Geschworenen, nur gegen Debertshäuser fahrlässigen Falschheid und gegen Steinmann Verleitung dazu anzunehmen. Dem dahin abgegebenen Wahrspruch gemäß verurteilte der Gerichtshof Debertshäuser zu 10 Monaten Gefängnis, Steinmann zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust. —

Landgericht Magdeburg.

Der Militärinvalid Oskar Stäbner zu Stendal hatte in den Jahren 1891—93 in Mex bei den Husaren gedient und wurde, als er im Herbst 1893 das Kaisermandat mitgemacht hatte, infolge einer im Vivouatfeuer zugebrachten

alten Nacht, schwer krank und Ganzinvalid. Er wünschte nun im Civildienst leichte Anstellung zu finden, da er, mit der geringen Pension nicht leben konnte. Stabner hatte aber einmal seine Stiefel nicht rechtzeitig abgegeben gehabt und seinem Unteroffizier, als er danach gefragt wurde, geantwortet, dieselben seien abgegeben. Als er dann sofort die Stiefeln zur Kammer tragen wollte, begegnete er seinem Vorgesetzten und wurde mit 3 Tagen strengen Arrests bestraft. Dieser Bestrafung wegen erhielt der Angeklagte bei seinem Abgange keinen Civilversorgungsschein. Stabner machte nun von Stendal aus allerlei Veruche, den Schein doch zu erlangen und richtete unter anderem im Oktober 1897 verschiedene Eingaben an das Generalkommando des IV. Armeekorps, worin er verschiedene Offiziere pflichtwidrigen Verhaltens beschuldigte. Dies zog ihm eine Anklage wegen **Beleidigung** zu. In der Hauptverhandlung vor dem Landgericht zu Magdeburg blieb der Angeklagte bei seinen Behauptungen. Es wurde ihm zwar der Schutz des § 193 Str.-G.-B. zubilligt, aber aus der Fassung der Eingaben auf die Absicht der Beleidigung geschlossen und Stabner zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Kleine Chronik.

In **Neubrunn** (Kreis Friedeberg N.-M.) wurde die Frau eines Eigentümers und ihre vier Monate alte während der Abwesenheit ihres Mannes durch Weibliche ermordet. Der Verdacht lagte sich sofort auf einen Knecht, den man dann in der Scheune erhängt vorfand. — Auf der **Elbe** sind im Jahre 1897 nicht weniger als 46 Fahrzeuge mit einer Tragfähigkeit von insgesamt 228 689 Centnern untergegangen. Dabei gingen an Ladung 160 000 Centner Braunkohle, 24 000 Getreide und 22 000 Fuder verloren. — In **Wentkau** l. Schl. haben zwei Witwen, Bauerngutsbesitzer, die geisteschwache Frau des einen jahrelang in einer Stube von der Außenwelt abgeschlossen gehalten. Man fand die Unglückliche infolge einer Deuschelaktion unbetäubt, auf verfaultem Stroh, zum Gerippe abgemagert, in Schmutz und Urat vor. — In **Passau** befinden sich neun Personen verschiedener Stände in Untersuchung wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an kleinen Mädchen. — Infolge andauernden Regens sind die Berglehnen am **Saaz** in Böhmen ins Aufsteigen geraten. In den Hopfengärten wurde großer Schaden angerichtet. — Der erst kürzlich ernannte General-Finanzant der **Wiener Hoftheater**, Baron **Plappart**, ist schon wieder amtsübe. Nach der Neuen Freien Presse soll ihm Amt nicht wieder neubest. und die Geschäfte desselben dem Oberhofmeisteramt zugewiesen werden. — In der **Datschast Nagy-Básony** (Ungarn) wollte eine Frau die Leiche ihres Sohnes exhumieren und in die Familiengruft nach Sisch überführen lassen. Die abergläubischen Bewohner wurden dadurch sehr erregt, sie fürchteten, der Fagel werde die ganze Gemeinde zerflören, wenn die Leiche weggeführt würde. Die Gendarmen, die die Ausgrabung überwachen wollten, wurden mit einem Steinhagel empfangen und schließlich mit Senfen angegriffen. Sie machten von der Waffe Gebrauch. Ein Angehöriger wurde getötet, zwei verwundet. Die Erregung in der Gemeinde dauert fort. — Bei der Reichstagswahl in einem Bezirke von **Budapest** wurde ein Wahlaufreiß angeklagt, in dem die 75 000 Gulden jährliche Einnahmen des Regierungsstandbeuten nach ihren Quellen der Reiche nach aufgezählt sind und es dann heißt: „Bürger! Stimmt also nicht wohlfeil für ihn! Unter 200 Gulden darf für diesen Menschen nicht gestimmt werden! Er soll zahlen, er kann reichlich thun! Mehrere Altofeuer Bürger.“

Unterhaltungsteil.

Aus meiner Militärzeit.

Eineinhalb Tage auf Ernte-Urlaub.

Von F. P. Schleswig.

Ich diene in dem westpreussischen Städtchen G. Es war an einem heißen Augusttage, als der Feldwebel unserer Kompanie die Mannschaften des älteren Jahrgangs nachmittags gleich nach der Parole herausstrelen ließ. „Wer von Euch auf Ernte-Urlaub fahren will, der trete vor,“ erscholl die Stimme der Kompaniemutter. Zehn

der erntearbeitskundigen Vaterlandsverteidiger traten vor, unter denen auch ich mich befand, obwohl ich gelernter Handwerker war. Unser Feldwebel musterte uns Vorgeordneten und riß seine Augen groß auf, als er mich dazwischen gewahrte.

„Nun, was fällt Dir denn eigentlich ein, bist Du jetzt auf einmal Landarbeiter geworden?“ fragte er mich. Ich setzte ihm dann auseinander, daß ich früher oft meinem Vater in der Landwirtschaft behilflich gewesen sei, obwohl derselbe nur einige Quadratmeter sein eigen nannte. Es trieb mich hinaus zum Ernte-Urlaub, um einmal die Arbeitsweise, Behandlung usw. auf einem Gute kennen zu lernen. Denn von unseren Postlaken in der Kompanie hatte ich so manches erfahren, was mir unglaublich erschien.

Also von den zehn Vorgeordneten wurden dann sechs Mann ausgesucht, sämtlich Schleswig-Holsteiner, unter denen auch ich mich befand, welche die Vergünstigung erlitten, auf einen achttägigen Ernte-Urlaub gehen zu dürfen, und zwar nach N., zu dem reichen Gutsbesitzer v. S.

Nachmittags gegen 3 Uhr machten wir uns dann auf, mit dem Tornister auf dem Rücken, und ich außerdem mit dem Urlaubspass für uns in der Tasche, um zu unserm reichen Gutsbesitzer v. S. zu eilen und ihm thätkräftig unter die Arme zu greifen. Ich war sehr gespannt, wie ich wohl meine Rolle als Erntearbeiter ausführen würde.

Nach vierstündigen Fußmärsche gelangten wir abends um 7 Uhr im Dorfe N. an. Gleich am Eingange desselben lag eine Wirtschast, in welcher wir uns erst bei einem Glas Bier niederließen. Dieser und jener machte schon Pläne, was er mit dem in Aussicht stehenden Gelde anfangen wollte, denn der Feldwebel sagte uns, daß wir 120 Mark den Tag haben sollten. Der Wirt hörte sich unsere Unterhaltung mit an, und als wir fortgehen wollten, klopfte er mich auf die Schulter und sagte:

„Nun, Ihr lieben Soldatens, seid aber immer recht auf der Hut, denn sonst geht Euch der liebenswürdige Herr Verwalter noch gar zu leicht einige mit seinem Krückhock über Euren Buckel, denn als solcher ist er bekannt. Erst neulich waren hier einige Soldatens eines anderen Regiments, welche schon nach einem Tage wieder Reihensnahmen.“

Ich erwiderte: „Vater, es hat keine Not, laßt ihn nur kommen mit dem Krückhock. Aber wehe ihm, wenn er uns zu nahe kommt, da könnte er sich doch vielleicht verrechnen haben. Adieu, Vater!“

„Adieu, Soldatens, laßt es Euch gut gehen.“ Nun schritten wir geräuschlos auf den Gutshof zu. Auf demselben angelangt, begrüßte der Verwalter uns störrisch und gab einem Vogte die Meldung, uns unsere Kammer zu zeigen. Letzterer forderte uns dann auf, ihm zu folgen.

Durch den Pferdehast, auf einer Tenne angelangt, erstiegen wir eine Leiter und kamen dann in ein Dachhübchen, in welchem für acht Tage unser Nachtlager eingerichtet war. Es bestand aus einigen ausgebreiteten Bündeln Stroh und drei Pferdebeden. Müde von dem vierstündigen Marsche in der Sonnenglut legten wir uns bald schlafen. Es herrschte jedoch eine Hitze, daß wir kaum zu atmen vermochten. So nach und nach nahm Morphens einen nach dem anderen in seinen Armen auf. Alle schnarchten schon, nur ich allein lag noch sinnend auf meinem Lager und arbeitete Pläne aus für den Fall, daß der Verwalter oder ein Vogt die Dreistigkeit besäßen sollte, einen von uns mit der Rute zu züchtigen. Endlich schlief auch ich ein.

Nach einer träumerischen Nacht erwachte ich morgens um 3 $\frac{1}{2}$ Uhr durch ein dumpfes Läuten auf dem Hofe. Ich

glaubte, es sei die Feuerglocke und weckte schnell meine Kameraden.

„Feuer!“ rief ich, „hört Ihr, wie es läutet?“ Schnell mit dem Notdürftigsten bekleidet und unsere übrigen Sachen auf dem Arm eilten wir die Leiter herunter. Draußen auf dem Hofe angelangt, gewahrten wir einen Mann, welcher mit einem langen Mantel bekleidet war und ein Horn umgehängt hatte. Es war der Wächter des Gutes. Verwundert sah er uns an und frug, was vorgefallen sei.

„Wo ist denn das Feuer?“ riefen wir erschrocken.

Im Nu hatte er unsern Irrtum durchschaut und sprach kopfschüttelnd: „Das war das Zeichen zum Aufstehen“, wandte sich um und ging dem Wirtschaftsgebäude zu. Gleich darauf erscholl zum zweiten Male der vermeintliche Feueralarm. Wir brachen alleamt in ein Gelächter aus und stürzten wieder in unser friedliches Dachhübchen zurück. Nun wurde Toilette gemacht und sich auf die Arbeit vorbereitet. Knöpfe, Helm und Seitengewehr brauchten wir zu unserer größten Freude ja nicht zu putzen, denn diese Karitäten sollten für die kommenden Tage nicht gebraucht werden.

Blödsichtig erscholl eine Stimme von der Leiter zu uns herauf:

„Nun, kommt Ihr noch nicht bald herunter, wie lange dauert es denn eigentlich, da soll Euch bald der Teufel holen!“

„Nun, man immer langsam“, sagten wir untereinander, „die Geschichte kann ja noch heiter werden; es ist erst 3 $\frac{1}{4}$ Uhr und schon dieser Spettakel.“

Einer nach dem andern krochen wir dann die Leiter herab. Unten nahm uns ein Vogt in Empfang, welcher uns folgendermaßen anbrüllte:

„Hier wird nicht bis Mittag geschlafen. Ihr seid zum Arbeiten gekommen und nicht zum Faulenzen.“

Auf dem Hofe stand schon eine ganze Kolonne Männer, Frauen und Mädchen in zwei Gliedern aufgestellt, jeder ein Stück Geschirr in der Hand, welche uns neugierig anguckten. Nunmehr wurden wir zur Arbeit eingeteilt. Jeder Vogt bekam eine Anzahl Arbeitskräfte zugeteilt und nun ging es an die Arbeit. Jeder Vogt gab dann eine Anweisung, was gemacht werden sollte. (Schluß folgt.)

Weiteres.

Das **Neueste**. Ein Tourist, der einen mehrstündigen beschwerlichen Marsch hinter sich hat, kommt ausgehungert und ausgedürstet endlich in ein Gebirgszuhause.

Tourist (zum Kellner): Sie, ich möcht' was zu trinken und zu essen! Also einmal ein Krügel Lager! (Nachdem der Kellner es gebracht): Und jetzt schnell was zum Essen, sonst verhungere ich. Was haben's denn? Käs?

Kellner (verlegen): Entschuldigen — bitte — erlauben — mein Herr — ein Käs — entschuldigen! nicht mehr da.

Tourist: So, so! Also Butter?

Kellner: Bedauer herzlichst!

Tourist: Nun zum Geier, doch eine Eierpreis?

Kellner: Unsere Hennen — mit Verlaub zu sagen — sind alle vergriffen.

Tourist: Alle Teufel! Sie haben ja gar nichts! Und ich vergeh' vor Hunger! Was haben's überhaupt am Lager?

Kellner: O, bitte, bitte, bitte! Hier! Ganz funkelnelgele neue Ansichtskarten. —

Beschwerden

gegen Redaktion, Expedition und Kolporteurs der Volksstimme sind schriftlich im verschlossenen Couvert an die Preßkommission zu richten unter der Adresse: **Bernhard Sarbaum, Breitweg 127.**

Sonderzüge nach Ballenstedt.

Die diesjährigen Sonderzüge von Magdeburg h. nach Ballenstedt verkehren am **5. und 19. Juni, 10. und 31. Juli, 14. und 28. August**. Abfahrt von Magdeburg h. 6 $\frac{1}{2}$ Uhr. Abfahrt von Magdeburg-Budau 6 $\frac{1}{2}$ Uhr. Döhrnsleben 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Suderode 9 $\frac{1}{2}$ Uhr. Ballenstedt 9 $\frac{1}{2}$ Uhr. Rückfahrt von Ballenstedt 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Suderode 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Abfahrt von Magdeburg h. Magdeburg-Budau und Döhrnsleben werden hierzu einstägige Rückfahrkarten zum Preise von 4 Mk. I. Kl., 3 Mk. II. Kl., 2 Mk. III. Kl. ausgegeben. Der Verkauf der Karten beginnt am Tage vorher und wird in Magdeburg 10 Min. und in Magdeburg-Budau und Döhrnsleben 15 Minuten vor Abfahrt des Sonderzuges geschlossen. Die gleichen Fahrkarten werden auch in Genthin, Bergzow, Barzen, Güssen, Burg, Mäher, Gerwisch, Biederitz, Magdeburg-Neustadt, Wetzehöfen und Schönebeck bei Lösung gewöhnlicher ein- oder zweitägiger Fahrkarten nach der Uebergangsstation ausgegeben.

Sehenswürdigkeiten.

Museum: Unentgeltlich geöffnet am Sonntag von 11—2, besgl. an den Wochentagen (mit Ausnahme des Montags) von 11—3 Uhr. Am Montag (Reinigungstag) zu der gleichen Zeit 50 Pfg.

Der Dom unentgeltlich geöffnet in der Zeit vom 1. Mai bis 15. September früh 9 bis 10 Uhr, sonntäglich stets in der Zeit zwischen dem Vormittagsgottesdienst der Civil- und Militär-gemeinde. Zu allen anderen Zeiten Melbung beim Küster, Gebühr 50 Pfg.

Grusliche Gewächshäuser im Friedrich-Wilhelms-Garten: Geöffnet von 8—12 Uhr vormittags und von 2—7 Uhr nachmittags. Eintritt Montags 1 Mark, an den übrigen Tagen 30 Pfg., schulpflichtige Kinder 20 Pfg. Unentgeltlich geöffnet: Mittwochs 8—11 Uhr und 1—3 Uhr, sowie jeden 1. Sonntag im Monat. Alle übrigen Sonntags 2—7 Uhr nachmittags. Eintritt 10 Pfg.

Buchhandlung Volksstimme Magdeburg, Breitweg 127.

Bei dem heutigen Verkehrs- und Geschäftsleben ist eine **zuverlässige und übersichtliche große Wandkarte des Deutschen Reiches** für jedermann ein unabweisbares Bedürfnis. Infolge spezieller Vereinbarung mit einer auf dem Gebiete der Kartographie hervorragenden leistungsfähigen Firma sind wir in der Lage, eine in jeder Hinsicht vorzügliche, ganz neue, mit allen Eisenbahnen versehene

Wandkarte von Deutschland

zu sehr billigen Preise zu liefern. Die Karte ist 1 Meter breit und 85 Centimeter hoch, in 8 Farben hergestellt, mit Stäben und Deisen versehen, fertig zum Aufhängen. Sie bietet neben dem angeführten Zweck auch einen schönen Comptoir- und Zimmerschmuck.

Unsere bisherigen, sowie neu hinzutretenden Abonnenten liefern wir diese Wandkarte gegen die geringe Vergütung von

nur 80 Pf.

Für auswärtig bis zur II. Zone sind 30 Pf. (von der II. Zone ab 55 Pf.) für Verpackung und Porto beizufügen. Eine Karte hängt zur Ansicht für Interessenten in unserer Expedition aus.

Bestellungen auf die Karte werden möglichst bald gegen obigen Betrag und Einzahlung der Abonnementquittung erbeten. Die obige Vergünstigung gewähren wir nur unsern Abonnenten. Nichtabonnenten indes geben wir diese Wandkarte zum Preise von 4 Mark ab.

Kredit! Kredit!

Auf Abzahlung!!
liefert

1320

A. Becker

31, I. Breitweg 31, I.
gegenüber der Ulrichstr.

Waren und Möbel
Herren- und Knaben-Anzüge
mit kleiner Anzahlung
und leichtester Abzahlung
schon von 1 Mk. pro Woche an.

Kredit! Kredit!

Feine Molkereibutter, 1 Pfund 1 Mk., verkauft in bekannter Güte 1330

A. H. Völker Butter-Handlung
Jakobstraße 5, Eckhaus d. gr. Markthaus,
Gr. Steinernerischstr. 10b, Eckhaus u.
Breitweg 252, Ecke Blumenthalstr., im
Hause Casa Giesede, schrägüb. v. gr. Kurzfürst.

Durch Abschluß billiger Roggenmehle liefere meine Brote bedeutend größer als bisher à Stück 35 u. 50 Pf.

H. Wiezer, Gr.-Arnst. 8.

Stephansbrücke 8

werden Kleider aller Art schnell und sauber angefertigt.

C. Haack.

Billig und gut kaufen Sie

Margarine

bei 1330

A. H. Völker Margarine-Spezialgeschäft

Jakobstr. 26, gegenüb. d. Jakobikirche,
Jakobstr. 5, Eckhaus d. gr. Markthaus u.
Gr. Steinernerischstr. 10b, Eckhaus.